

Nebenwirkungen von Sanktionen: Kulturelle Beziehungen mit Iran, Kuba, Russland und Belarus

Soest, Christian von; Haffner, Deborah; Sell, Jonas

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Soest, C. v., Haffner, D., & Sell, J. (2016). *Nebenwirkungen von Sanktionen: Kulturelle Beziehungen mit Iran, Kuba, Russland und Belarus*. (ifa-Edition Kultur und Außenpolitik). Stuttgart: ifa (Institut für Auslandsbeziehungen). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-54710-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

ifa-Edition Kultur und Außenpolitik

Nebenwirkungen von Sanktionen

Kulturelle Beziehungen mit Iran, Kuba, Russland und Belarus

Christian von Soest, Deborah Haffner, Jonas Sell

**DO NOT THROW
HANDLE WITH
CAKE**

ifa

ifa-Edition Kultur und Außenpolitik

Nebenwirkungen von Sanktionen: Kulturelle Beziehungen mit Iran, Kuba, Russland und Belarus

Christian von Soest, Deborah Haffner, Jonas Sell

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	4
Vorwort	5
Zusammenfassung	6
Executive Summary	7
1. Einleitung	11
2. Forschung zu internationalen Sanktionen	12
3. Methodisches Vorgehen und Quellen	14
4. Fallstudien	16
Iran: Gering ausgeprägte kulturelle Beziehungen, aber hohes Ansehen Deutschlands.....	16
Kuba: Sozialistischer Machtanspruch und Aussicht auf ein Ende der US- Sanktionen.....	27
Russland: Vielfältige kulturelle Beziehungen unter Druck	37
Belarus: Sanktionen als Teil weitgehender Isolierung vom Westen	48
5. Fazit.....	58
Literaturverzeichnis	61
Interviewverzeichnis.....	72
Anhang A: KOF Globalisierungsindex	74
Anhang B: Indikatoren für kulturelle Beziehungen	76
Zu den Autoren.....	78

Abkürzungsverzeichnis

AJA	Arbeitskreis gemeinnütziger Jugendaustauschorganisationen
AvH	Alexander von Humboldt-Stiftung
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DAI	Deutsches Archäologisches Institut
dbg	Deutsch-Belarussische Gesellschaft
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DSIT	Deutsches Sprachinstitut Teheran
DW	Deutsche Welle
DWIH	Deutsches Haus für Wissenschaft und Innovation in Moskau
DZHW	Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung
EHU	Europäische Humanistische Universität Minsk
EU	Europäische Union
GI	Goethe-Institut
GIZ	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
GMF	German Marshall Fund of the United States
IBB	Internationales Bildungs- und Begegnungswerk
ifa	Institut für Auslandsbeziehungen
IIE	Institute of International Education
NGO	Non-governmental organisation / Nichtregierungsorganisation
RFH	Russian Foundation for Humanities
USA	United States of America
VN	Vereinte Nationen

Vorwort

„In der Verhängung von Sanktionen manifestiert sich eine fundamentale Verschlechterung der Beziehungen. Sie sind dabei mit ihren materiellen Folgen und ihrer Signalwirkung sowohl Ausdruck als auch treibende Kraft“, stellt Christian von Soest mit Deborah Haffner und Jonas Sell in der vorliegenden Studie fest.

Sanktionen, u. a. im Finanz- und Wirtschaftssektor, können international als Reaktion auf einen Bruch des Völkerrechts verhängt werden. Die Wirkungen von Sanktionen hängen von der jeweiligen Ausgestaltung im Einzelfall ab. Inwiefern jedoch Sanktionen – auch unbeabsichtigt – Auswirkungen auf die kulturellen Beziehungen haben, wurde bisher kaum beleuchtet. Der Autor dieser Studie, Christian von Soest, untersucht Auswirkungen von Sanktionen auf internationale Kulturbeziehungen anhand von vier Fallbeispielen: Iran, Kuba, Belarus und Russland.

Die Studie ist im Rahmen des ifa-Forschungsprogramms „Kultur und Außenpolitik“ entstanden. Hier untersuchen seit 2010 Expertinnen und Experten aktuelle Themen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP), arbeiten diese Erkenntnisse der Wissenschaft knapp und präzise auf und formulieren Handlungsempfehlungen für Akteure der AKBP. Publikationen, internationale Fachtagungen und öffentlichen Foren für eine breitere Öffentlichkeit sorgen für Sichtbarkeit des politischen und thematischen Felds der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik.

Christian von Soest, der in Zusammenarbeit mit Deborah Haffner und Jonas Sell diese Studie erstellt hat, möchte ich auf diesem Wege herzlich für seine ausgezeichnete Arbeit und sein Engagement für dieses Forschungsprojekt danken. Mein Dank gilt auch der Leiterin des ifa-Forschungsprogramms Odila Triebel für maßgebliche konzeptionelle Impulse sowie Sarah Widmaier und Isabell Scheidt, die das Projekt konzeptionell und redaktionell begleitet haben.

Das ifa engagiert sich weltweit für ein friedliches und bereicherndes Zusammenleben von Menschen und Kulturen. Es fördert den Kunst- und Kulturaustausch in Ausstellungs-, Dialog- und Konferenzprogrammen. Als Kompetenzzentrum der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik vernetzt es Zivilgesellschaft, kulturelle Praxis, Kunst, Medien und Wissenschaft. Wenn politische Beziehungen zwischen Ländern belastet sind und sogar, wie hier untersucht, internationale Sanktionen verhängt werden, sind Verbindungen des internationalen Kulturaustauschs, zivilgesellschaftliche Kooperationen und Kokreationen von besonderer Bedeutung.

Ihr

Ronald Grätz, Generalsekretär des ifa (Institut für Auslandsbeziehungen)

Zusammenfassung

Die vorliegende Studie untersucht, wie sich internationale Sanktionen als häufig angewandtes Mittel der Außenpolitik auf die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und sanktionierten Staaten auswirken. Dazu werden in vier Fallstudien – Iran, Kuba, Russland und Belarus – Mittlerorganisationen und Kulturschaffende in den Blick genommen. Die Studie analysiert dabei (oftmals unbeabsichtigte) materielle Folgen und sogenannte mentale Effekte, die Sanktionen auf den Kulturaustausch haben können. Insgesamt erweist es sich als schwierig, die Effekte von Sanktionen auf kulturelle Beziehungen klar von innenpolitischen Entwicklungen sowie einer allgemeinen Verschlechterung der Beziehung zwischen Deutschland und dem jeweiligen Zielland zu trennen. Die Analyse zeigt nichtsdestotrotz, dass auch gezielte Sanktionen, die sich auf Entscheidungsträger oder bestimmte Wirtschaftsbereiche konzentrieren, von Kulturschaffenden und Wissenschaftlern¹ als Einschnitt und Kooperationshemmnis wahrgenommen werden können. Oftmals steigt auch das Misstrauen der Behörden in den Zielländern gegenüber unabhängigen Kulturschaffenden. Zudem wirken sich die wirtschaftlichen Folgen von Sanktionen unbeabsichtigt auch auf Kulturprojekte aus. In allen vier Fallstudien versuchen die sanktionierten Regierungen zudem, externe Sanktionen als Legitimationsressource für sich und ihre Politik zu nutzen. Gleichzeitig sind jedoch auch verstärkte Bemühungen – von Kulturschaffenden sowohl in Deutschland als auch im Zielland – zu verzeichnen, einer Verringerung des Austauschs entgegenzuwirken.

Trotz dieser Schwierigkeiten haben Kulturbeziehungen großes Potenzial, das Gespräch zwischen Gesellschaften angesichts eines politischen Konflikts aufrechtzuerhalten. Die Studie empfiehlt daher, im Fall von externen Sanktionierungen die Kulturbeziehungen mit dem jeweiligen Zielland verstärkt zu fördern und hier vor allem, so weit möglich, nichtstaatliche Akteure zu unterstützen.

¹ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Text der einfache Plural benutzt.

Executive Summary

Regierungen im Westen und die Vereinten Nationen (VN) reagieren oftmals mit internationalen Sanktionen auf Eingriffe in das Völkerrecht, Menschenrechtsverletzungen, die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen oder die Unterstützung von Terroristen. Obwohl die Sanktionsforschung zunehmend nicht-intendierte Nebeneffekte von Sanktionen analysiert, wurden die Effekte auf Beziehungen in Kultur und Wissenschaft bislang weitestgehend vernachlässigt. Um diese Lücke zu schließen, werden in vier Fallstudien – Iran, Kuba, Russland und Belarus – Mittlerorganisationen und Kulturschaffende in den Blick genommen. Die vorliegende Studie untersucht, wie sich internationale Sanktionen auf die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und den sanktionierten Staaten auswirken. Sie analysiert dabei (nicht-intendierte) materielle, in der Regel wirtschaftliche, Effekte, die sich auf die kulturellen Beziehungen auswirken, und sogenannte mentale Effekte, die auftreten, wenn Sanktionen zu einer verstärkten Abwehr gegenüber Deutschland oder dem Zielland führen oder Kulturschaffende sich unter Druck gesetzt fühlen, nicht mehr in Kooperationsbeziehungen einzutreten. Umgekehrt können Kulturschaffende und Mittlerorganisationen auch aktiv versuchen, ihre Aktivitäten zu verstärken, um den gesellschaftlichen Austausch angesichts eines Sanktionskonflikts aufrechtzuerhalten oder sogar auszubauen.

In der Analyse zeigt sich die grundsätzliche Schwierigkeit, Effekte von Sanktionen auf kulturelle Beziehungen kausal zu isolieren und von innenpolitischen Entwicklungen sowie einer allgemeinen Verschlechterung der Beziehung zwischen Sanktionssender und Zielland zu trennen. Die Verminderung kultureller Beziehungen tritt in der Regel schon vor der Verhängung von Zwangsmaßnahmen ein.

Die Regime in allen vier Fallstudien sind autoritär verfasst. In diesem Umfeld ist der Spielraum für vom Staat unabhängige Kulturschaffende von vornherein beschränkt und Kontakte zur Außenwelt unterliegen enger Kontrolle. Hier entfalten Sanktionen oftmals nicht-intendierte Wirkungen, auch auf kulturelle Beziehungen: Erstens sind teilweise individuelle Folgen für Kulturschaffende zu beobachten. So war es für kubanische Künstler nach der Verhängung von diplomatischen EU-Sanktionen schwieriger, nach Europa zu reisen; die Finanzsanktionen gegen Iran erschwerten Honorarzahlungen für iranische Künstler. Zweitens entfalten Sanktionen mentale Wirkungen. Selbst zielgerichtete Sanktionen werden von Kulturschaffenden auf beiden Seiten, vor allem aber in den Zielländern, teilweise als Zeichen interpretiert, dass sich Deutschland oder der Westen allgemein vom Zielland abwendet. Die Regime in Iran, Kuba, Russland und Belarus versuchen zudem, die Sanktionierung von außen für ihre eigene Legitimierung zu nutzen.

Iran wurde seit dem Jahr 2006 wegen seines Atomprogramms umfassend von den Vereinten Nationen und darüber hinausgehend von westlichen Staaten sanktioniert. Erst im Jahr 2016 kam es zu einer diplomatischen Einigung und dem Ende zahlreicher Sanktionen; es bestehen aber nach wie vor Zwangsmaßnahmen, vor allem der USA und der EU, gegen das Land. Insgesamt scheinen die Sanktionen der EU und Deutschlands als unabhängiger Faktor nur in geringem Maße zu einer Verschlechterung der schon auf niedrigem Niveau befindlichen kulturellen Beziehungen beigetragen zu haben. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Sanktionen trafen jedoch auch unabhängige Kulturschaffende und die iranischen Behörden waren nach neu erlassenen EU-Sanktionen teilweise restriktiver bei der Genehmigung von Kulturprojekten. Die Hauptgründe für die insgesamt gering ausgeprägten kulturellen Beziehungen liegen allerdings vor allem in der grundsätzlichen Orientierung des iranischen Staates, den innenpolitischen Entwicklungen und der allgemeinen Beziehungen Irans zum Westen (vor allem während der verschärften Abgrenzung vom Westen unter Präsident Ahmadinedschad von 2005 bis 2013).

Ähnlich wie im Falle Irans haben die Vereinigten Staaten seit 1960 umfassende, in weiten Teilen bis heute fortbestehende, bilaterale Sanktionen gegen das sozialistische Kuba erlassen, die eine umfassende Isolierung des Inselstaats zum Ziel hatten. Erst mit dem Amtsantritt von Barack Obama ist es zu einer Entspannung und im Juli 2015 zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen gekommen. Die EU hat demgegenüber nur für kurze Zeit, von 2003 bis 2008, wegen Menschenrechtsverletzungen diplomatische Sanktionen gegen das Land verhängt. Trotz der geringen Härte der Maßnahmen nahm Kubas Präsident Fidel Castro die EU-Sanktionen umgehend als Anlass für die Einschränkung des Kulturaustauschs und lehnte offizielle Entwicklungshilfe aus Europa ab. Trotz einiger zivilgesellschaftlicher Initiativen war die kulturelle Kooperation auf offizieller Ebene bis vor kurzem äußerst eingeschränkt: So besteht bis jetzt kein bilaterales Kulturabkommen und die Aktionsmöglichkeiten des Goethe-Instituts und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) bleiben bislang beschränkt.

Die politischen Beziehungen zwischen dem Westen und Russland befinden sich seit der Annektierung der Krim und dem Beginn der Ukraine-Krise im Frühjahr 2014 auf einem Tiefpunkt. Die EU hat erstmals seit dem Zerfall der Sowjetunion Zwangsmaßnahmen gegen Russland verhängt. Sie setzt gemeinsam mit den USA seit März 2014 Finanzsanktionen, sektorale Wirtschaftssanktionen und personenbezogene Sanktionen ein. Im Vergleich zu den anderen Fallstudien Iran, Kuba und Belarus sind die kulturellen Beziehungen Deutschlands zu Russland noch immer äußerst vielgestaltig. Hauptursache für verminderte Aktivitäten in einigen Bereichen ist offensichtlich das seit Jahren autoritärer

werdende Klima in Russland. Die Sanktionen wirken sich vor allem durch eine Verhärtung der Position der russischen Regierung aus. Eine zentrale Legitimationsressource von Präsident Putin ist – seit 2012 zunehmend – ein klares Freund-Feind-Schema. Wissenschaftler oder Kulturakteure werden nicht direkt sanktioniert, aber die Klimaveränderung und Repression sorgt auf russischer Seite für wachsende Ängste, Selbstzensur und in einigen Bereichen auch für Zurückhaltung bei der Kooperation mit dem Westen. Zudem stellen materielle Effekte der Sanktionen, darunter striktere Visaauflagen sowie eine Verschärfung der bereits prekären wirtschaftlichen Situation Russlands der kulturellen Zusammenarbeit praktische Hürden. Es lassen sich jedoch auch Bemühungen beobachten, durch Stipendien- und Förderprogramme, Ausstellungen und Festivals den über Jahre lebendigen deutsch-russischen Kulturaustausch aufrecht zu erhalten und einer Sprachlosigkeit entgegen zu wirken.

Im Fall von Belarus reagierten die USA und die EU im Jahr 2004 mit Sanktionen auf Menschenrechtsverletzungen und ein umstrittenes Verfassungsreferendum, das es Präsident Lukaschenko erlaubte, sein Amt zeitlich unbegrenzt auszufüllen. Ab 2006 verhängten die USA gemeinsam mit der EU aufgrund der Verletzung von Wahlstandards weitere Finanzsanktionen und Reisebeschränkungen gegen hohe Repräsentanten des belarussischen Regimes. Zehn Jahre später hob die EU ihre Sanktionen weitestgehend auf. Sie begründete dies mit der Freilassung politischer Häftlinge, der Vermittlerrolle von Belarus im Ukraine-Konflikt und einer verbesserten Menschenrechtslage. Der unabhängige Effekt der Sanktionen auf Kulturbeziehungen scheint im Falle von Belarus geringer als in den anderen Fallstudien gewesen zu sein. Ungeachtet der verhängten Sanktionen und der prekären Bedingungen für die alternative Kulturszene unter Lukaschenko gewann der Kulturaustausch zwischen Deutschland und Belarus in den letzten Jahren zunehmend an Zugkraft. Begünstigt wird der Austausch durch vorsichtige politische und gesellschaftliche Liberalisierungstendenzen in Belarus, insbesondere vor dem Hintergrund der zunehmend aggressiven Außenpolitik Russlands.

Heute versuchen die Vereinten Nationen und westliche Staaten in der Regel, mit gezielten Sanktionen üblicherweise nur Entscheidungsträger oder ausgewählte Wirtschaftsbereiche aber nicht die Gesellschaft als Ganzes zu treffen. Ungeachtet dieser Fokussierung zeigen die Fallstudien, dass Sanktionen oftmals trotzdem Effekte – im negativen wie im positiven Sinn – auf grenzüberschreitende Beziehungen in Kunst und Wissenschaft ausüben. Die durch Sanktionen potenziell hervorgerufenen wirtschaftlichen Verschlechterungen und die Verhärtung von offiziellen Positionen, Änderungen in der Themensetzung von Kulturprojekten und individuelle Folgen für Kulturakteure sollten als mögliche Aus-

wirkungen auf kulturelle Beziehungen bei der Verhängung von Sanktionen deswegen stets beachtet werden. Eine gleichzeitige, verstärkte Unterstützung für Beziehungen in Kultur und Bildung kann unerwünschte Folgen abmildern. Die Studie empfiehlt daher, im Falle einer Sanktionierung die parallele Förderung von, so weit in autoritären Kontexten möglich, unabhängigen Kulturschaffenden und Austauschprogrammen.

1. Einleitung

Seit Ende des Kalten Kriegs setzen Regierungen im Westen, aber auch die Vereinten Nationen (VN), verstärkt auf internationale Sanktionen, um gegen Verletzungen des Völkerrechts, gravierende Menschenrechtsverletzungen, die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen oder gegen die Unterstützung von Terroristen vorzugehen. Mit dem Ende der Blockade des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, nahm die Nutzung dieses Instruments der Außenpolitik sprunghaft zu. Zusätzlich verhängt die Europäische Union (EU), wie zuvor schon die Vereinigten Staaten (USA), seit dieser Zeit auch eigene, das heißt nicht vom VN-Sicherheitsrat mandatierte, restriktive Maßnahmen. Die 1990er Jahre werden deshalb auch als „Sanktionsdekade“ (Cortright/Lopez 2000) bezeichnet; Sanktionen sind bis heute für die VN und westliche Staaten eines der wichtigsten Mittel zur Austragung von internationalen Konflikten.

Gleichzeitig versuchen die USA und die EU, aber auch die VN, unerwünschte Folgen von Sanktionen für die Bevölkerung in sanktionierten Ländern zu vermeiden und gerade gesellschaftliche Gegenkräfte in den sanktionierten Regimen zu stärken. Auch der Kontakt zwischen den Gesellschaften der Sanktionssender und Zielländer soll nicht abreißen. Aber funktioniert das? Bleibt es Künstlern und Wissenschaftlern möglich, über Ländergrenzen hinweg an Projekten zu arbeiten? Können Kulturmittlerorganisationen wie das Goethe-Institut weiter in den sanktionierten Staaten wirken? Sind Schüler und Studierende aus sanktionierten Ländern noch immer bereit nach Deutschland zu kommen und umkehrt? Werden fortgesetzt Bücher in die jeweils andere Sprache übersetzt? Inwiefern Sanktionen – auch unbeabsichtigt – Auswirkungen auf die kulturellen Beziehungen als zentralem Faktor des Austauschs von Gesellschaften über Grenzen hinaus (Maaß 2015) haben, wurde bisher kaum beleuchtet. Mit ihrer Forschungsfrage betritt diese Studie deshalb Neuland: Wie wirken sich Sanktionen auf die Kulturbeziehungen zwischen Deutschland und sanktionierten Staaten aus?

Ziel der Studie ist es, beabsichtigte und unbeabsichtigte Auswirkungen von internationalen Sanktionen auf die Beziehungen in Kultur und Wissenschaft anhand der Fallbeispiele Iran, Kuba, Russland und Belarus vergleichend zu analysieren; die Länderfallstudien folgen dabei jeweils der gleichen Struktur (siehe Kapitel 4). Die Studie geht wie folgt vor: Zunächst werden im anschließenden Kapitel wesentliche Ergebnisse der aktuellen Forschung zu internationalen Sanktionen zusammengefasst. Anschließend werden das methodische Vorgehen und die Quellen der Studie vorgestellt. Der Hauptteil der Untersuchung analysiert die Auswirkungen von Sanktionen auf Kulturbeziehungen in den vier Fallstudien Iran, Kuba, Russland und Belarus. Das abschließende Fazit führt die Untersuchungsergebnisse zusammen.

2. Forschung zu internationalen Sanktionen

Sanktionen sind völkerrechtliche Zwangsmaßnahmen wirtschaftlicher oder politischer Art, mit denen die Einhaltung von Vereinbarungen erzwungen werden soll (vgl. Schubert/Klein 2016). Grundsätzlich können Sanktionen verstanden werden als „*the deliberate, government-inspired withdrawal, or threat of withdrawal, of customary trade or financial relations*“ (Hufbauer u. a. 2007: 3, 45). Die Forschung versteht Sanktionen dabei als ein Mittel der Außenpolitik, das zwischen Diplomatie und kriegerischen Auseinandersetzungen, also „*between words and wars*“ (Wallensteen/Staibano 2005) steht. Diese restriktiven Maßnahmen können auf verschiedenen Wegen wirken: Sie können ein bestimmtes Verhalten erzwingen („*coercing*“), sie können den Handlungsspielraum des Ziellandes beschränken („*constraining*“) oder ein Signal über eine bestimmte Position oder eine Forderung senden („*signalling*“) (Giumelli 2011).

Jedoch ist die Wirkung von Sanktionen bis heute sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Wissenschaft umstritten. Einer prominenten Studie der Sanktionsforschung von Hufbauer u. a. (2007) zufolge ändert das Zielland nur in ungefähr einem Drittel der Sanktionsfälle sein Verhalten in die gewünschte Richtung, dieses Ergebnis wurde allerdings von anderen Autoren, die zu einer noch weit geringeren Erfolgsquote kommen, in Zweifel gezogen (Pape 1997, 1998). In zahlreichen Fällen kommt es jedenfalls nicht zur gewünschten Änderung des Verhaltens durch die sanktionierte Regierung. Grundsätzlich gilt: Härtere Sanktionen, also jene, die besonders hohen wirtschaftlichen Schaden im Zielland anrichten, haben nicht unbedingt einen höheren politischen Erfolg. Vielmehr vermögen es sanktionierte Regierungen oft, sich gegen Sanktionseffekte abzuschildern. Die humanitären Folgen des VN-Embargos gegen den Irak in den 1990er Jahren sind dafür ein aufschlussreiches Beispiel: Während die irakische Bevölkerung unter der Wirtschaftskrise und dem Zusammenbruch des Gesundheitswesens litt, festigte Iraks Präsident Saddam Hussein seine Macht weiter und verstärkte die Unterdrückung der Bevölkerung (Rieff 2003).

Wichtig ist außerdem, dass unter dem Begriff „Sanktionen“ ganz unterschiedliche Maßnahmen zusammengefasst und diese in den Sanktionsepisoden auch unterschiedlich kombiniert werden. Die Maßnahmen reichen von diplomatischen Sanktionen wie dem Abbruch der Beziehungen, über das Militär betreffende Mittel, z. B. Waffenembargos (in Abgrenzung zum militärischen Eingriff), bis hin zu Finanzsanktionen, wie dem Einfrieren von Konten (Cortright/Lopez 2002; Doxey 1996).

Zu unterscheiden sind folgende Maßnahmen:

- Umfassendes Embargo von Waren und Dienstleistungen
- Import- und Exportbeschränkungen in bestimmten Wirtschaftsbereichen
- Finanzkontrollen
- Waffenembargo und Beendigung militärischer Zusammenarbeit
- Aussetzen von Entwicklungshilfe
- Diplomatische Sanktionen
- Gezielte Sanktionen gegen Individuen („schwarze Listen“), v. a. Einreiseverbote und Einfrieren von Vermögen

Während Sanktionen früher als ein Mittel gesehen wurden, ganze Volkswirtschaften oder Gesellschaften – wie zum Beispiel im Falle des Apartheidregimes in Südafrika (Crawford/Klotz 1999) – zu isolieren, zielen Sanktionen heutzutage in der Regel nicht auf die Beschränkung des gesellschaftlichen Austauschs. Im Gegenteil versuchen die Vereinigten Staaten und die EU, aber auch die VN heute mit gezielten Sanktionen – auch „*smart sanctions*“ genannt – Folgen von Sanktionen für die Bevölkerung zu vermeiden (Council of the European Union 2004; Tostensen/Bull 2002; Drezner 2011; von Soest/Wahman 2015). Die verhängten Maßnahmen sollen vor allem die Regierungselite, ihre Unterstützer und wichtige Wirtschaftsbereiche (z. B. durch Reisebeschränkungen und Einfrieren von Finanzmitteln) treffen.

Einig ist sich die Forschung darin, dass, abgesehen von erwünschten und fehlenden Wirkungen, Sanktionen auch negative, nicht-intendierte Effekte nach sich ziehen können. Wood (2008) und Peksen (2009) haben gezeigt, dass Herrscher in sanktionierten Staaten oftmals verstärkt zu Repression greifen und Menschenrechte verletzen, um etwaigen Gefährdungen ihres Regimes zu begegnen. Somit werden auch oppositionelle Gruppen, die im Zuge der Sanktionierungen internationale Unterstützung (politischer, finanzieller oder rhetorischer Art) erhalten, zunehmend unterdrückt. Außerdem können Sanktionen unbeabsichtigt zu einer Wagenburg-Mentalität („*rally-round-the-flag effect*“) beitragen, wenn sich die Bevölkerung angesichts der außenpolitischen Krise stärker mit ihrer Regierung solidarisiert (Galtung 1967).

Bislang gibt es jedoch keine systematischen Erkenntnisse dazu, wie sich Sanktionen auf die grenzüberschreitenden Beziehungen in Kunst und Wissenschaft als zentralem Faktor des Austauschs zwischen Gesellschaften auswirken. Die vorliegende Studie kommt dazu im Folgenden zu ersten Ergebnissen.

3. Methodisches Vorgehen und Quellen

Die Untersuchung konzentriert sich zum einen auf die systematische Aufarbeitung von Daten, Primärquellen und Sekundärtexten. Zum anderen wurden für jedes Land mit Experten, darunter direkt beteiligte Entscheidungsträger, Wissenschaftler und Kulturschaffende, Interviews geführt. Für die Erfassung der Sanktionen in den vier Fallstudien greift die Studie auf anerkannte Datensätze zurück (Hufbauer u. a. 2007; Portela/von Soest 2012). Die vier analysierten Fälle Iran, Kuba, Russland und Belarus ergeben ein umfassendes Bild sowohl von langanhaltenden (Kuba und Iran) als auch von kürzlich auferlegten (Russland) und gelockerten bzw. beendeten internationalen Sanktionierungen (Iran, Kuba, Belarus). Sie unterscheiden sich im Hinblick auf mehrere Variablen, die in der Sanktionsforschung als zentral für intendierte und nicht-intendierte Wirkungen von Sanktionen etabliert sind. Diese beziehen sich auf:

- die Sanktionssender:
weitgehend unilateral: Kuba (USA, und für kürzere Zeit Maßnahmen der EU), plurilateral: Belarus und Russland (USA, EU und weitere Sanktionssender des Westens), multilateral: Iran (VN, mit weitergehenden Maßnahmen der EU und der USA; zuvor unilateral (USA))
- die eingesetzten Maßnahmen und „Stärke“ der Sanktionen:
umfassend (v. a. Iran) vs. gezielt (Kuba, Russland, Belarus)
- das Hauptziel der Sanktionen: Beendigung Nuklearprogramm:
Iran, bei den bilateralen US-Sanktionen gegen Iran noch weitere Ziele, zudem Menschenrechts- und Demokratiesanktionen der EU und der USA; Protest gegen Annexion und Beendigung der Intervention in den Konflikt eines anderen Landes: Russland; Demokratisierung: Belarus und Kuba
- der Grad der vorherigen Verflechtungen und Beziehungen zwischen Sanktionssender und Zielland

Der Schwerpunkt der Analyse in den Fallstudien liegt auf den Effekten von EU-Sanktionen auf den Kulturaustausch zwischen Deutschland und den Sanktionszielen, auch wenn es parallel oder zuvor Maßnahmen anderer Sanktionierer gab. Der Vergleich der vier Fallstudien erlaubt die tiefergehende Analyse der Sanktionseffekte auf Kulturbeziehungen in den vier Fällen, aufgrund des Forschungsdesigns ist die Identifizierung allgemeingültiger Wirkungszusammenhänge jedoch eingeschränkt.

Erfassung der kulturellen Beziehungen

Die Studie untersucht die materiellen, in der Regel wirtschaftlichen, Folgen und sogenannte mentale Effekte, die auftreten, wenn Sanktionen zu einer verstärkten Abwehr gegenüber Deutschland oder dem Zielland führen oder Kulturschaffende sich unter Druck gesetzt fühlen, nicht mehr mit westlichen Partnern zu kooperieren. Zudem wird untersucht, welche Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Beziehungen im kulturellen Bereich ergriffen wurden und inwiefern sich die sanktionierten Staaten nach innen durch die Sanktionen legitimieren. Die entscheidende Herausforderung besteht darin, die Sanktionseffekte von sich allgemein verschlechternden bilateralen Beziehungen zu trennen, die auch eine Verschlechterung der kulturellen Beziehungen mit sich bringen können.

Aufbauend auf der Forschung zur Verknüpfung von Gesellschaften (Linkage-Forschung) (Levitsky/Way 2010) werden verschiedene Indikatoren für Beziehungen zwischen Deutschland und den Zielländern angewandt. Im Hinblick auf die allgemeine Offenheit eines Landes für Kontakte nach außen wird vor allem auf Indikatoren des bekannten KOF Globalisierungsindex zu sozialer Globalisierung (persönliche internationale Kontakte, Informationsflüsse und kulturelle Nähe zum Westen) zurückgegriffen (Dreher 2015) (siehe auch Anhang A „KOF Globalisierungsindex“).

Die Grenzen zwischen staatlich geförderten und rein zivilgesellschaftlichen Beziehungen in Kultur und Bildung sind oft fließend, da die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik stark auf öffentliche Förderung angewiesen ist (Adam 2016; Maaß 2015). Die Studie untersucht die Auswirkungen von Sanktionen auf die kulturellen Beziehungen zwischen den sanktionierten Staaten und Deutschland, deren Entwicklung im zeitlichen Verlauf nachvollzogen wird. Die Sanktionseffekte werden in sechs zentralen Bereichen analysiert (vgl. Maaß 2015) (siehe auch Anhang B „Indikatoren für kulturelle Beziehungen“):

- Mittlerorganisationen und weitere Institutionen des Kulturaustauschs (die Arbeit politischer Stiftungen wird als ein besonderer Bereich in dieser Studie nicht untersucht)
- Wissenschafts- und Hochschulaustausch
- Schüler- und Jugendaustausch
- Literatur und Sprache
- Kunst und Musik
- Weitere zivilgesellschaftliche Initiativen

4. Fallstudien

Die Analyse in den Länderfallstudien erfolgt in drei Schritten. Zunächst werden die jeweiligen Konflikte und verhängten Sanktionen im Überblick dargestellt. Darauf folgen, zweitens, die politische Verfasstheit des sanktionierten Landes und dessen Beziehungen zu Deutschland und zum Westen allgemein. Im dritten Schritt werden die direkten und indirekten Effekte der Sanktionen auf kulturelle Beziehungen beleuchtet, bevor ein Länderfazit die Ergebnisse zusammenführt.

Iran: Gering ausgeprägte kulturelle Beziehungen, aber hohes Ansehen Deutschlands

Seit 1979 haben mehrere Akteure, vor allem die USA, mit zum Teil unterschiedlichen Zielen umfassende Sanktionen gegen Iran verhängt. Diese Sanktionierungen lassen sich grob in zwei Stränge unterteilen: die US-amerikanischen Maßnahmen (1979 bis heute) und die multilateralen VN-Sanktionen aufgrund des iranischen Nuklearprogramms (2006 bis 2016).

Nach der iranischen Kulturrevolution und der folgenden Erstürmung der US-Botschaft in Teheran im Jahr 1979 verhängten die USA umgehend harte Sanktionen, um die Freilassung als Geiseln genommener amerikanischer Diplomaten zu erzwingen. Die Sanktionen umfassten ein ganzes Bündel von Zwangsmaßnahmen: das Ende der militärischen Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe, ein Ölembargo, das Einfrieren iranischer Vermögen in den USA; im Jahr 1980 schließlich den Abbruch aller diplomatischen Kontakte, das Verbot von Finanztransaktionen, ein Exportembargo und Reisebeschränkungen nach Iran (Hufbauer u. a. 2007). Die Konfrontation mit der Weltmacht wurde seitdem zu einem bestimmenden Element der Außen- aber auch der Innenpolitik Irans. 1984, nach einem Anschlag der vom Iran unterstützten Hisbollah auf US-Marines in Beirut, setzte US-Präsident Ronald Reagan Iran auf die Liste der Terrorismus unterstützenden Staaten – mit dieser Listung gehen automatisch Finanz- und Handelssanktionen einher (Samore 2015; Maloney/Takeyh 2011).

Im Dezember 2006 verhängte der VN-Sicherheitsrat Sanktionen (Resolution 1737), da sich die iranische Regierung unter Präsident Mahmud Ahmadinedschad weigerte, internationale Kontrollen des 2002 bekannt gewordenen Urananreicherungsprogramms zuzulassen (International Crisis Group 2013). Die Maßnahmen beinhalteten das Verbot, für das Atomprogramm nutzbare Technologien nach Iran zu exportieren, zudem wurde das Vermögen von am Programm beteiligten Personen und Firmen eingefroren. Diese Maßnahmen wurden im Lauf der Zeit verschärft, unter anderem durch ein Waffenembargo.

Im Juni 2010 führte die VN-Sicherheitsratsresolution 1929 wegen Verstößen gegen den Atomwaffensperrvertrag zu einer weiteren deutlichen Verschärfung der bestehenden VN-Sanktionen – unter anderem wurden Einreiseverbote gegen am Atomprogramm beteiligte Wissenschaftler sowie das Einfrieren von Vermögenswerten der Revolutionsgarden und staatlichen Reedereien beschlossen.

Die ab 2006 implementierten Maßnahmen der EU gingen weit über diese VN-Sanktionierung hinaus und beinhalteten ein komplettes Waffenembargo, Einreiseverbote und Kontensperrungen sowie Importsperrungen für iranisches Öl und Gas (Europäischer Rat 2016; O’Sullivan 2010; Samore 2015). Dies traf Iran besonders hart, da die EU und auch Deutschland bedeutende Handelspartner des Landes waren. Darüber hinaus unterstützte die EU den Ausschluss Irans aus dem weltweiten Bankensystem SWIFT. Als Reaktion auf die gewaltsame Niederschlagung von Protesten verhängte die EU im Jahr 2011 zudem Menschenrechtssanktionen (Europäischer Rat 2016).

Die unterschiedlichen Maßnahmen führten zu einer weitgehenden Isolation und Beschränkung des wirtschaftlichen Austauschs mit Iran sowie zu einer Abkopplung des Landes vom internationalen Bankensystem. Die Konfrontation nahm erst mit der Wahl Hassan Rohanis zum Präsidenten im Juni 2013 und der damit verbundenen innen- und außenpolitischen Mäßigung langsam wieder ab. Die sogenannte P5+1 Gruppe (China, Frankreich, Großbritannien, Russland, die USA und Deutschland) nahm nun Verhandlungen mit der iranischen Regierung über das iranische Atomprogramm und ein Ende der Nuklearsanktionen auf. Im Oktober 2015 wurde von beiden Seiten schließlich ein gemeinsamer Aktionsplan angenommen, seit Januar 2016 sind die Nuklearsanktionen gegen Iran aufgehoben. Trotz dieser Verhandlungserfolge sind noch immer Sanktionen gegen Iran in Kraft – so verlängerte die EU erst im April 2016 ihre Menschenrechtssanktionen (Europäischer Rat 2016).

1. Allgemeine Charakteristika und Beziehungen zum Westen

Maßzahlen des KOF Globalisierungsindex bestätigen für Iran das Bild eines Landes, das versucht, sich Einflüssen von außen zu entziehen (Dreher 2015). Die politische Einbindung des Landes – gemessen an der Zahl internationaler Vertretungen, der Mitgliedschaft in internationalen Organisationen und der Teilnahme an VN-Missionen – nahm unmittelbar nach der Islamischen Revolution stark ab. Das Land liegt heute in Bezug auf den Grad der politischen Globalisierung auf Platz 93 von 207 Staaten. Im Hinblick auf die soziale Globalisierung, dem gesellschaftlichen Kontakt zu anderen Gesellschaften (zum Beispiel über Telefonverbindungen und Internetnutzung) liegt Iran weit hinter Russland und Belarus und nur unweit vor Kuba auf Platz 145 von 207 erfassten Ländern. Die kulturelle Nähe zum Westen (u. a. gemessen an der Zahl exportierter und importierter Bücher) ist extrem niedrig (Dreher 2015).

Das politische System Irans ist weltweit einzigartig und der Einfluss des politischen Islam außerordentlich stark. Seit der Kulturrevolution von 1979 vertritt die iranische Regierung einen islamischen Kulturbegriff, der das gesellschaftliche Leben und auch die internationalen Beziehungen des Landes prägt. Der Staatspräsident ist gleichzeitig Vorsitzender des „Obersten Rates der Kulturrevolution“, der die „Islamisierung des Kulturbetriebs“ koordiniert. Das heißt, dass das Regime Kultur vor allem religiös definiert und westliche Kultur kritisch sieht. Die wichtigste Institution der Kulturpolitik ist das Ministerium für Kultur und Islamische Führung (*Erschad*), dem auch die zentrale Zensurabteilung angegliedert ist. Jede Kulturveranstaltung in Iran, ob national oder international, muss offiziell genehmigt werden.

Zuletzt amtierten Mohammad Khatami (1997-2005) und Mahmud Ahmadinedschad (2005-2013) als Staatspräsidenten, seit 2013 hat Hassan Rohani das Amt inne. Trotz Rohanis Reformversprechen hat sein Amtsantritt im Jahr 2013 jedoch bisher kaum zu Verbesserungen im Bereich der Meinungs- und Medienfreiheit geführt (Reporter ohne Grenzen 2014). Auch die versprochenen kulturellen Freiheiten wurden noch nicht gewährt – Justiz und Behörden beschneiden weiter extensiv künstlerische und journalistische Freiräume (Fathollah-Nejad 2016). Trotz mangelnder internationaler Offenheit und Einschränkungen der Meinungs- sowie Pressefreiheit existieren nach Einschätzung von Experten vor Ort jedoch durchaus Freiräume für kulturelle Zusammenarbeit. So würden Verbote nicht immer strafrechtlich verfolgt. „Das war bei dem Besitz von Satelliten-Schüsseln für den Empfang ausländischer Sender so, und das verhält sich jetzt mit dem Internet und den sozialen Medien ähnlich“, erklärt Dennis Schroeder, der Leiter des DAAD-Informationsbüros in Teheran (zitiert in Wallendorf 2014).

2. Direkte und indirekte Effekte von Sanktionen auf kulturelle Beziehungen

Das iranische Regime versucht seit 1979 die wirtschaftlichen Effekte von Sanktionen herunterzuspielen und den äußeren Druck in sein ideologisches Narrativ einzubauen, nach dem die westlichen Staaten Irans Entwicklung und die Souveränität des Landes untergraben wollen (Khajehpour u. a. 2013; Maloney/Takeyh 2011). So handelt es sich in der offiziellen Darstellung des Regimes beim Kampf gegen die Sanktionen um ein Symbol des Widerstands gegen die „globale Arroganz“ des Westens und beim Nuklearprogramm um die Verkörperung des Fortschritts und der nationalen Souveränität (Borszik/Ebert 2013; Esfandiary/Fitzpatrick 2011).

Die Kulturbeziehungen zwischen Deutschland und Iran befinden sich – gerade im Vergleich zu Russland – seit der iranischen Kulturrevolution (und somit bereits vor der Sanktionierung durch die VN und die EU) auf geringem Niveau. Die Nuklearsanktionen haben durch ihren Einfluss auf die Wirtschaft jedoch auch den Kulturbereich getroffen. Die abgewertete Währung, die Finanzsanktionen und der Ausschluss vom internationalen Geldtransfersystem SWIFT führten beispielsweise laut der Autorin Mehrnaz Shahabi (2012) zu Finanznot von Zeitschriften, da sich der Papierpreis im Land verfünffachte. Das nationale Sinfonieorchester und das Sinfonieorchester Teheran konnten ihre Musiker monatelang nicht bezahlen und das Publikum fehlte, weil Kunst und Kultur zum Luxus wurden.

Alireza Labeshka, iranischer Kurator und Alumni des Rave-Programms des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa), hält gerade jene Künstler, die sich von der Regierung abgrenzen, und unabhängige Kunstinstitute und -galerien für die verletzlichsten gegenüber Sanktionen.² Zum einen greifen sie eben nicht auf staatliche Finanzierung zurück und leiden damit stärker unter der wirtschaftlichen Krise, zum anderen geraten sie angesichts des sich verschärfenden gesellschaftlichen Klimas und der Auseinandersetzung mit dem Westen stärker in den Blick staatlicher Stellen. Laut Otto Graf, von 2011 bis 2015 Leiter der Kulturabteilung der deutschen Botschaft in Teheran, sahen die konservativen Kreise in Iran die Sanktionen als einen „willkommenen Anlass, die Kulturpolitik in ihre Richtung zu entwickeln“.³

² Transkript Labeshka, 31.05.2016.

³ Interview Graf, 02.06.2016.

Mittlerorganisationen und weitere Institutionen des Kulturaustauschs

Kernziel der islamischen Kulturrevolution war es gerade, den kulturellen Raum in Iran neu zu ordnen und zu kontrollieren. Ausländische Kulturmittlerorganisationen werden demzufolge als Störfaktor gesehen. Das Goethe-Institut, welches die Förderung der internationalen kulturellen Zusammenarbeit und die Verbreitung der deutschen Sprache zum Ziel hat, war seit 1958 mit einem Büro in Teheran vertreten, das jedoch bereits 1987 im Zuge der Aufkündigung des deutsch-iranischen Kulturabkommens, also weit vor der Sanktionierung durch VN und EU, geschlossen werden musste. Es besteht ein Verbindungsbüro des Goethe-Instituts in der deutschen Botschaft. Ein ähnliches Bild zeigt sich für das Deutsche Archäologische Institut (DAI) in Teheran (gegründet 1961): Ein eigenständiger Effekt der Sanktionierung auf die Arbeit des DAI ist nicht erkennbar, da das neue Regime die Arbeitsmöglichkeiten bereits unmittelbar nach der Islamischen Revolution einschränkte.

Die internationalen Auseinandersetzungen um Irans Atomprogramm und die politische Entwicklung in Iran hatten Auswirkungen auf Inhalt und Themen des Kulturaustauschs auf offizieller Ebene. Dies wurde vor allem während der Präsidentschaft von Mahmud Ahmadinedschad deutlich. Nach Einschätzung von Otto Graf, der damals die Kulturabteilung der deutschen Botschaft leitete, war die Ausstellung oder Verwehrung von offiziellen Genehmigungen durchaus ein politisches Druckmittel: „vor allem nach Sanktionsrunden wurden Genehmigungen restriktiv gehandhabt.“⁴ Sanktionen haben damit in Iran einen punktuellen Einfluss auf Kulturprojekte ausgeübt.

Otto Graf beschreibt die Kulturbeziehungen heute als positiv, unter anderem weil die Botschaft keine provokativen Kulturereignisse unterstütze, sondern den Fokus auf die verbindenden Elemente lenke. Der neue Leiter der Kulturabteilung der deutschen Botschaft, Justus Kemper, berichtete ab August 2015 von großen Verbesserungen und weitgehend reibungsloser Zusammenarbeit mit iranischen Behörden.⁵ Dies könne daran liegen, dass die Botschaft bislang keine kontroversen Projekte vorgeschlagen hat. Zwar stehe das offizielle iranische Narrativ, wonach die Verhängung von Sanktionen unrechtmäßig gewesen sei, immer noch im Raum, dies wurde Kemper aber bisher nie entgegen gehalten. Schließlich ändere sich mit der Verbesserung der Beziehungen nicht unbedingt der Inhalt von Kulturveranstaltungen, sondern eher deren Anzahl.

⁴ Interview Graf, 02.06.2016.

⁵ Interview Kemper, 04.05.2016.

4. Fallstudien

Private Stiftungen aus Deutschland betreiben bislang kaum speziell auf Iran ausgelegte Programme. Die Körber-Stiftung organisiert ein Dialogforum mit Fokus auf den Mittleren Osten, in dem das Land Iran in den Jahren 2009, 2010, 2012 und 2015 behandelt wurde (Körber-Stiftung 2015). Zudem veranstaltet die Konrad-Adenauer-Stiftung seit 2010 den Hafis-Dialog Weimar, ein Diskussionsforum das bewusst kulturbezogene und keine politisch heiklen Fragen behandelt (Konrad-Adenauer-Stiftung 2014).

Wissenschafts- und Hochschulaustausch

Seit Beginn der 1970er Jahre und vor allem seit der Kulturrevolution stieg die Zahl iranischer Studierender in Deutschland. Ab 1991 sank sie jedoch, und stieg erst ab 2008 wieder an (Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung 2015) (Abb. 1). Ein möglicher Erklärungsfaktor ist, dass nach Ende des Ost-West-Konflikts Anfang der 1990er Jahre die Fördergelder stark auf Osteuropa konzentriert wurden, während diese für Iran erst im Zuge der verschärften politischen Auseinandersetzung Ende der 2000er Jahre erhöht wurden (siehe folgende Angaben zu DAAD). Zudem wollten angesichts der Niederschlagung von Protesten der „Grünen Revolution“ im Jahr 2009 mehr Studierende nach Deutschland ausreisen.

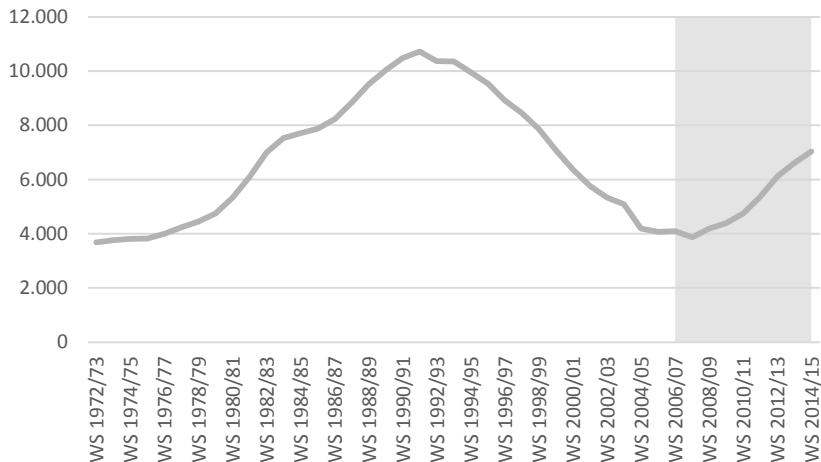


Abb. 1: Iranische Studierende in Deutschland, WS 1972/73-WS 2014/15

Quelle: Studentenstatistik Statistisches Bundesamt; Berechnungen DZHW/www.wissenschaft-weltoffen.de.

Hinweis: Die graue Fläche stellt den Zeitraum der EU-Sanktionierung dar.

4. Fallstudien

Die Zahl der vom DAAD geförderten iranischen Studierenden war trotz Sanktionen hoch: Im Jahr 2008 unterstützte die Organisation 621 Studierende aus Iran (Abb. 2). Wie in den DAAD-Jahresberichten ausgeführt, wurde in dieser Zeit das Fördervolumen angesichts der sich verschärfenden politischen Krise bewusst erhöht.

In seinem Jahresbericht 2009 berichtet der DAAD erstmals von eklatanten Problemen mit den iranischen Behörden – zwar lief die Individualförderung „ohne Störungen und mit erneut erhöhter Bewerberzahl“ weiter, doch wurden die Aktionsmöglichkeiten des DAAD deutlich eingeschränkt. Die „Ministerialbürokratie untersagte den Hochschulen die Ausstellung von Arbeitsverträgen“ (DAAD 2010: 193), was dazu führte, dass weder das Lektorat in Teheran noch in Isfahan weitergeführt werden konnten. In der Folge sank die Förderung stark, im Jahr 2010 wurden nur noch 360 Studierende unterstützt. Seit dem Höhepunkt der politischen Krise im Jahr 2008, steigen die Zahlen wieder deutlich an.

Demgegenüber gehen deutlich weniger deutsche DAAD-Stipendiaten nach Iran; ihre Bereitschaft scheint auch stärker mit den Sanktionsepisoden und der Amtsübernahme sowie Wiederwahl Ahmadinedschads zusammen zu hängen: 2006/2007 sowie 2010/2011 sanken die Zahlen jeweils, zuletzt stabilisierten sie sich auf höherem Niveau als in den 1990er Jahren und Anfang der 2000er Jahre (Zahlen bis 2014). Im Jahr 2014 gingen 107 vom DAAD geförderte Studierende und Wissenschaftler nach Iran (DAAD 2016) (siehe Abb. 2).

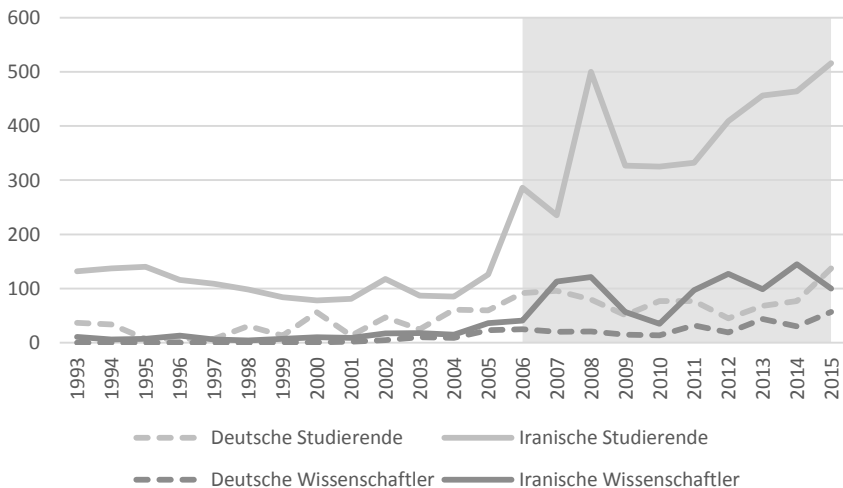


Abb. 2: Vom DAAD geförderter Studierenden- und Wissenschaftlertausch zwischen Deutschland und Iran, 1993-2015
Quelle: DAAD-Jahresberichte 1993-2015.

Hinweis: Die graue Fläche stellt den Zeitraum der EU-Sanktionierung dar.

Das Interesse von deutschen Hochschulen und iranischen Studierenden an einem Austausch war durchgehend hoch. Doch erschwerte die Linie der Regierung Ahmadinedschad – mehr als die Sanktionen selbst – die Arbeit des DAAD. Erst im Jahr 2013, „vor dem Hintergrund der mit der Wahl des neuen Präsidenten Hassan Rohani verbundenen vorsichtigen Öffnung des Landes“ (DAAD 2014a: 70) konnte das DAAD-Büro in Teheran wieder eröffnet werden. Laut Dennis Schroeder, dem Leiter des DAAD-Informationszentrums in Teheran, wurde nun auch die unmittelbare Zusammenarbeit mit den offiziellen Stellen wieder möglich: Neue Ansprechpartner in Ministerien und Universitäten waren selbst Teil der internationalen Wissenschaftsgemeinschaft, hatten im Ausland studiert und waren an internationaler Hochschulkooperation interessiert.⁶ Delegationsreisen sind ein weiterer Beleg für das steigende Interesse an akademischer Zusammenarbeit. Im Jahr 2014 reiste die DAAD-Präsidentin Margret Wintermantel mit fünf Hochschulrektoren nach Iran, im Jahr darauf gab es eine erneute Reise (DAAD 2015). Eine Delegationsreise der Alexander von Humboldt-Stiftung im September 2015 diente dazu, die Stiftung in Iran bekannter zu machen (Spal 2015).

Schüler- und Jugendaustausch

Die Deutsche Botschaftsschule Teheran wurde 1980 als Nachfolgerin der Deutschen Schule Teheran – einstmals die größte deutsche Auslandsschule – gegründet. Sie war auch in der Hochphase der EU-Sanktionierung bei Iranern gefragt. „Viele Iraner fühlen sich in der aktuellen Lage von der Außenwelt isoliert“ und meldeten deshalb ihre Kinder an der deutschen Schule an, berichtete der damalige stellvertretende Schulleiter Joachim Schneider im Jahr 2009 (zitiert in Globert 2009). Aktuell sind von 295 Schülern nur 78 deutsche Staatsangehörige (Bundesverwaltungsamt 2016). Der allgemeine Schüleraustausch mit Iran ist demgegenüber äußerst gering: Die großen deutschen gemeinnützigen Schüleraustauschorganisationen betreiben keine Programme mit Iran, bis jetzt gibt es auch keine Angebote gemeinnütziger Freiwilligenprogramme. Dies steht jedoch nicht im Zusammenhang mit der Sanktionierung.

Literatur und Sprache

Ein ähnlich großes Interesse wie der DAAD verzeichnet das Deutsche Sprachinstitut Teheran (DSIT), welches im Jahr 1995 die Sprachausbildung des Goethe-Instituts übernahm und seitdem Deutschkurse anbietet. Da an staatlichen Schulen kein Deutsch unterrichtet wird, belegen zahlreiche Schüler Kurse am DSIT (im Jahr 2015 bereits 11.000 abge-

⁶ Interview Schroeder, 10.05.2016.

nommene Sprachprüfungen).⁷ Wegen der hohen Nachfrage hat das Sprachinstitut zusätzliche Lehrer ausgebildet und seinen Campus erheblich erweitert (Goethe-Institut 2013). Das Goethe-Institut hat seit 2001 fünf Buchübersetzungen aus Farsi ins Deutsche gefördert. Diese Förderung könnte sich nun zu verstetigen: Ab 2014 wurde mindestens ein Buch pro Jahr übersetzt (Goethe-Institut 2016a). Litprom, eine Gesellschaft zur Förderung von Literatur aus Afrika, Asien und Lateinamerika, übersetzte von 2007 bis 2015 insgesamt zehn Bücher von Farsi ins Deutsche – ähnlich viele wie im gleichen Zeitraum vor der Verhängung von EU-Sanktionen (Litprom 2016). Auch hier ist ein Effekt der Sanktionen kaum nachzuweisen.

Die Arbeit der Deutschen Welle (DW) wurde ebenfalls vor allem von den mit der umstrittenen Wiederwahl von Präsident Ahmadinedschad zusammenhängenden innenpolitischen Ereignissen im Jahr 2009 geprägt. So musste das Radioprogramm erst reduziert und 2011 ganz aufgegeben werden, da „aus politischen Gründen“ keine Ausstrahlung über reichweitenstarke Partner oder eigene UKW-Frequenzen mehr möglich war (Deutsche Welle 2013: 217). Offenbar wird nun vor allem das Onlineangebot der DW von Iranern als wichtige Informationsquelle betrachtet – im Jahr 2013 waren die persischen Seiten die am häufigsten aufgerufenen der DW (Deutsche Welle 2013). Die DW ist nach eigener Einschätzung unter Iranern aufgrund objektiver Berichterstattung und Neutralität sehr beliebt (Deutsche Welle 2010).

Kunst und Musik

Der Austausch im Bereich Kunst und Musik ist eingeschränkt, vorhandene Initiativen funktionieren lediglich in den vom Regime gesetzten engen Grenzen. Bei der von einer privaten Galerie organisierten und vom Goethe-Institut sowie der deutschen Botschaft unterstützten Otto Piene-Ausstellung im Teheran Museum of Modern Art im Frühjahr 2015 zeigten sich zudem mit den Sanktionen zusammenhängende materielle Effekte. So beschreibt Till Breckner, der Leiter der verantwortlichen deutschen Galerie, wie schwer es war, Leihgeber, Versicherer und Transporteure für die Kunstwerke zu finden. Auch die finanzielle Abwicklung sei aufgrund der Sanktionen problematisch gewesen.⁸ Jedoch gab es keine Widerstände seitens der iranischen Regierung, obwohl bei der Ausstellungsplanung die Aufhebung der Sanktionen noch nicht absehbar war.

⁷ Interview Kemper, 04.05.2016.

⁸ Interview Breckner, 06.06.2016.

Die durch den Regisseur Roberto Ciulli ins Leben gerufene und seit den 1980er Jahren bestehende Theaterkooperation zwischen dem Mühlheimer Theater an der Ruhr und iranischen Theatergruppen scheint dagegen nicht erheblich durch Sanktionen gestört gewesen zu sein. Zwar gab es größere Unterstützung während der Präsidentschaft des moderaten Khatami als unter Ahmadinedschad, aber selbst im Jahr 2009 war der Austausch intensiv (Philipp 2010). Das Morgenland Festival Osnabrück ist ein weiteres Beispiel für außergewöhnliche kulturelle Kooperation. Laut dem künstlerischen Leiter Michael Dreyer hatte weder der Beginn des Musikfestivals noch sein Ende 2009 direkt mit den Sanktionen zu tun.⁹ Die im Jahr 2006 entstandene Zusammenarbeit funktionierte trotz teilweise erheblicher Einschränkungen von offizieller iranischer Seite (Absagen, unklare Kommunikation von Seiten iranischer Behörden, Visaprobleme auf beiden Seiten) gut. Die regelmäßigen Gastbesuche und gegenseitige Auftritte mündeten schließlich in der Aufführung der Johannes-Passion von Johan Sebastian Bach in Teheran. Doch die Niederschlagung der „Grünen Revolution“ im Jahr 2009, deren Vertreter sich gegen die Wiederwahl Ahmadinedschads richteten und eine größere Offenheit des Regimes forderten, führte zu Frustrationen und gesellschaftlichen Veränderungen. Diese Veränderungen und die Tatsache, dass viele Kulturschaffende ins Exil gingen, machten eine Weiterführung dieser Kooperation unmöglich (Siebert 2014).

Weitere zivilgesellschaftliche Initiativen

Die darüber hinausgehenden kulturellen Kontakte und zivilgesellschaftlichen Initiativen mit Iran sind, gerade im Vergleich zu Russland, gering ausgeprägt. Es besteht eine Städtepartnerschaft (Freiburg-Isfahan, seit 2000) und eine Städtefreundschaft (Weimar-Schiraz, seit 2009). Die Städtepartnerschaft Freiburg-Isfahan ist getragen durch einen 2001 gegründeten Freundeskreis. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf Bürgerreisen: Seit 2001 fahren Deutsche im Rahmen der Partnerschaft nach Iran, und seit 2008 besuchen Iraner Freiburg, meist mehrmals pro Jahr – die Partnerschaft mit Isfahan ist die aktivste, die Freiburg führt.¹⁰

⁹ Interview Dreyer, 18.05.2016.

¹⁰ Interview Chahin-Dörflinger, 23.05.2016.

3. Länderfazit Iran

Insgesamt haben die Sanktionen der EU und damit auch Deutschlands als unabhängiger Faktor vergleichsweise wenig zu einer Verschlechterung der sich ohnehin schon auf niedrigem Niveau befindlichen kulturellen Beziehungen zu Iran beigetragen. Vielmehr waren die Beziehungen eingebettet in innenpolitische Entwicklungen Irans und in die allgemeinen Beziehungen des Landes zum Westen (vor allem die Verschärfung der Abgrenzung zum Westen unter Präsident Ahmadinedschad, 2005-2013). So waren die meisten hier betrachteten kulturellen Kooperationen vor allem von den innenpolitischen Zäsuren 2009 (Niederschlagung der Proteste gegen Ahmadinedschad) sowie 2013 (Wahl Rohanis) geprägt.

Die zum Teil abwehrende Haltung der iranischen Regierung und das im Vergleich zu den anderen Fallstudien niedrige Niveau kultureller Verflechtungen fußen sowohl auf dem Kulturbegriff der Iranischen Revolution, als auch auf einer – durch das Sanktionsregime gestärkten – Ablehnung des Westens. Beispiele dafür sind das Fehlen eines kulturpolitischen Abkommens mit Deutschland und die fehlende Vertretung durch ein Goethe-Institut. Der Druck von außen, vor allem der USA, war immer Teil des Legitimationsnarrativs der iranischen Regierung, demzufolge die westlichen Staaten die Souveränität des Landes unterminieren wollen (Maloney/Takeyh 2011) und hat damit auch das Regime gestärkt. Es zeigen sich auch direktere Sanktionseffekte: Die Verhängung von Sanktionen diente für die iranischen Behörden offensichtlich als Anlass für Vergeltungsmaßnahmen, zum Beispiel durch restriktivere Prüfungen von Kulturprojekten. Schließlich beeinflussten die wirtschaftlichen Effekte der Sanktionen auch die Arbeit von Kulturakteuren im Land.

Für die Zukunft der iranisch-deutschen Kulturbeziehungen bleibt festzuhalten, dass sich die bilateralen Beziehungen zwar verbessert haben und die staatlichen Ansprechpartner zugänglicher geworden sind, der Kulturbegriff des Regimes aber noch immer islamisch geprägt und hierarchisch organisiert ist. Ungeachtet der Aufhebung der Sanktionen bleibt Iran ein autokratisch verfasster und repressiver Staat.

Bei der Ausweitung kultureller Beziehungen sollte man deswegen im Blick behalten, nicht nur mit staatlichen Stellen zu kooperieren, sondern – so weit möglich – unabhängige Kulturschaffende zu stärken. Die Aufhebung der Nuklearsanktionen verschafft dabei einem verstärkten Kulturaustausch Rückenwind. Der Abschluss eines deutsch-iranischen Kulturabkommens und die Einrichtung eines vollständig operativen Goethe-Instituts wären wichtige Schritte, um die kulturellen Beziehungen weiter zu verstärken.

Kuba: Sozialistischer Machtanspruch und Aussicht auf ein Ende der US-Sanktionen

Seit 1960 haben die Vereinigten Staaten umfassende, in weiten Teilen bis heute fortbestehende, bilaterale Sanktionen gegen das sozialistisch regierte Kuba erlassen, die eine umfassende Isolierung des Inselstaats zum Ziel hatten. Dazu gehörten ein vollständiger Abbruch der diplomatischen Beziehungen, ein striktes Handelsembargo sowie weitgehende Beschränkungen von Reisen und Finanztransaktionen. Zusätzlich wurde Kuba von 1982 bis 2015 auf der US-Liste staatlicher Terrorunterstützer geführt, womit automatisch weitere Beschränkungen einhergingen (Renwick u. a. 2016). Seit seinem Amtsantritt arbeitet US-Präsident Barack Obama an einer Normalisierung der Beziehungen zu Kuba und lockerte bereits im Jahr 2009 die Reisebeschränkungen und das Verbot, Geschäfte mit Kuba abzuschließen. Zudem wurden Geldüberweisungen bis zu 3.000 Dollar genehmigt und die Erlaubnis erteilt, neue Telefonverbindungen zwischen beiden Ländern einzurichten (Shear/Kang 2009). Am 17. Dezember 2014 kündigten Obama und Kubas Präsident Raúl Castro schließlich die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen an. Im März 2016 besuchte Obama Kuba und markierte damit auch offiziell das Ende der Eiszeit zwischen beiden Ländern (Renwick u. a. 2016).

Das unilaterale Embargo der USA ist seit jeher ein bestimmender Faktor für das anti-imperiale Selbstverständnis der kubanischen Regierung gewesen, Sanktionen der VN gab es zu keiner Zeit. Die EU sanktionierte Kuba aufgrund von Menschenrechtsverletzungen nur für kurze Zeit, von 2003 bis 2008. Nach dem Ende des Kalten Kriegs und dem Wegfall seiner sozialistischen Partner hatte sich Kuba zunächst stärker nach Europa orientiert (Hare 2008), Deutschland war dabei aufgrund ehemals guter Beziehungen mit der DDR ein bevorzugter Partner. Die Beziehungen zur EU befanden sich demgemäß Anfang der 2000er in einem Aufwärtstrend, am 13. März 2003 wurde die europäische Delegation in Kuba eingeweiht. Nach der Festnahme von 75 Oppositionellen nur fünf Tage später forderte die EU jedoch umgehend einen Kurswechsel des Regimes (Auswärtiges Amt 2016a). Zudem verhängte die Union diplomatische Sanktionen gegen das Land: sie reduzierte offizielle Besuche und beschränkte die Teilnahme der Mitgliedstaaten an kulturellen Ereignissen in Kuba; EU-Botschaften luden zudem bewusst kubanische Oppositionelle sowie Ehepartner von politischen Gefangenen zu Nationalfeiertagen in ihre Botschaften ein (Hare 2008). Aufgrund ihrer Beschränkung auf den repräsentativen diplomatischen Bereich wurden die EU-Sanktionen oft „*Cocktail Party Wars*“ genannt. Im Januar 2005 wurden 15 der 75 Festgenommenen freigelassen, die EU reagierte darauf mit der Suspendierung ihrer Sanktionen, ohne diese jedoch formell aufzuheben. Die vollständige Aufhebung erfolgte schließlich am 19. Juni 2008.

Als im Februar 2008 Raúl Castro das Amt des kubanischen Präsidenten von seinem Bruder Fidel übernahm, führte sein pragmatischerer Kurs, verbunden mit einer vorsichtigen Liberalisierung, zu einer langsamen Entspannung der Beziehungen zum Westen. Jedoch verstärkte die EU erst im Zuge des amerikanisch-kubanischen Tauwetters ihre Bemühungen um eine politische Wiederannäherung spürbar. Die Hohe Vertreterin für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini der EU besuchte Kuba seit ihrem Amtsantritt im November 2014 bereits zwei Mal (European External Action Service 2016).

1. Allgemeine Charakteristika und Beziehungen zum Westen

Kuba ist ein Einparteienstaat, der von Freedom House als „unfrei“ eingestuft wird (Freedom House 2016a). Am stärksten ausgeprägt ist die politische Globalisierung des Landes (Position 109 von 207 Ländern), während der KOF Globalisierungsindex die gesellschaftlichen Kontakte ins Ausland als sehr gering bewertet. Im weltweiten Vergleich liegt Kuba hinsichtlich der sozialen Globalisierung – gemessen anhand von persönlichen Kontakten (z. B. ausländische Bürger), Informationsflüssen (z. B. Internetzugang) und kultureller Nähe zum Westen (z. B. Handel mit Büchern) – lediglich auf Platz 149 von 207 Ländern – dies ist der niedrigste Wert aller in dieser Studie untersuchten Fallstudien (Dreher 2015). Kuba belegt im weltweiten Pressefreiheitsbericht von Reporter ohne Grenzen den 171. Rang von 180 Staaten (Reporter ohne Grenzen 2016) und ist damit auch hinsichtlich der Pressefreiheit das am schlechtesten abschneidende Land dieser Studie. Kubanische Gesetze verbieten Kollaboration mit „Feindmedien“ und staatliche Stellen zensieren das Internet, zu dem bislang nur wenige Kubaner Zugang hatten (die Internetnutzung vor allem der städtischen Bevölkerung nimmt allerdings zu). Unabhängige Journalisten und Blogger gelten als „Söldner feindlicher Mächte“ (Reporter ohne Grenzen 2016). Demgegenüber sind die Maßzahlen des Human Development Index zu sozio-ökonomischer Entwicklung für Kuba vergleichsweise positiv.

Kultur hat einen sehr hohen Stellenwert im öffentlichen Leben Kubas und ist ein wichtiges Prestigeelement des Staates. Die sozialistische Regierung erhebt, einem marxistisch-leninistischen Kulturbegriff folgend, einen umfassenden Machtanspruch auf den kulturellen Bereich. Der wichtigste kulturpolitische Akteur ist das Kultusministerium, dem weitere Kulturorganisationen unterstehen.

2. Direkte und indirekte Effekte von Sanktionen auf kulturelle Beziehungen

Die offiziellen Kulturbeziehungen zwischen Deutschland und Kuba befinden sich auf einem geringen Niveau. Einen wichtigen Träger des Austauschs stellen die ungefähr 30.000 Kubaner dar, die in Deutschland – vor allem in der ehemaligen DDR – studiert oder gearbeitet haben (Auswärtiges Amt 2016a). Dies erklärt auch zu einem großen Teil den fortgesetzten kulturellen Austausch auf zivilgesellschaftlicher Ebene. Jedoch ist ein bereits 2003 ausgehandeltes Kulturabkommen zwischen Deutschland und Kuba, das Grundlage für viele offizielle Elemente des Kulturaustauschs wäre, bisher nicht zustande gekommen. Die damals verhängten „leichten“ EU-Maßnahmen wirkten als politisches Signal, welches die bilateralen Beziehungen verschlechterte und für lange Zeit zu beidseitiger Zurückhaltung in der Kulturkooperation führte. Der Besuch des deutschen Außenministers Frank-Walter Steinmeier im Juli 2015 läutete nun eine erneute Annäherung auch im Kulturbereich ein (Auswärtiges Amt 2015a). Die auf der Reise abgeschlossene Gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen legt einen besonderen Fokus auf den Austausch in Wissenschaft, Bildung, Kultur und Sport (Auswärtiges Amt 2015b). An dem angestrebten bilateralen Kulturabkommen wird (Stand August 2016) gearbeitet.

Mittlerorganisationen und weitere Institutionen des Kulturaustauschs

Insgesamt werden in Kuba auswärtige Kulturinstitutionen und aus dem Ausland mitfinanzierte Einrichtungen mit Argwohn betrachtet und verfügen über weit weniger Spielraum als in anderen politischen Systemen. Ein eigenständiges Goethe-Institut gibt es bislang nicht (dies ist in Vorbereitung, allerdings gestalten sich die Verhandlungen über ein zugrundeliegendes Kulturabkommen als schwierig; vgl. Goethe-Institut 2016b; Ludwig 2016; Deutsche Welle 2016), seit 2007 besteht ein Verbindungsbüro in der Botschaft in Havanna, der Kulturreferent der Botschaft ist gleichzeitig Vertreter des Instituts. Der DAAD ist seit 1990 in Kuba aktiv, jedoch ist seine Arbeit wie auch von anderen Organisationen nur eingeschränkt möglich. Private deutsche Stiftungen betreiben bislang keine größeren kubaspezifischen Programme oder Projekte.¹¹

Wissenschafts- und Hochschulaustausch

Es studieren erheblich weniger kubanische Studierende in Deutschland als Studierende aus Belarus, Russland und Iran. Die Zahl kubanischer Studierender in der Bundesrepublik ist seit Beginn der 1990er Jahre, nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem Weg-

¹¹ Wie eingangs dargestellt, werden in dieser Studie die Aktivitäten politischer Stiftungen wie der Friedrich-Ebert- und der Hanns-Seidel-Stiftung nicht eingehend beleuchtet.

4. Fallstudien

fall der Studienmöglichkeiten in der DDR, zuerst stark, dann langsam gestiegen, abgesehen von einem geringen Rückgang im Jahr 2008. Noch immer liegen die Zahlen jedoch unter 200 Studierenden pro Jahr. Der insgesamt beobachtbare Anstieg verlangsamte sich während der EU-Sanktionierung (Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung 2015) (Abb. 3). Im Gegensatz zu den USA, in die vor dem politischen Umsturz in Kuba 1959 weitaus mehr Kubaner zum Studieren gingen (Institute of International Education 2016), lässt sich allerdings kein klarer Zusammenhang zwischen den Sanktionen und den kubanischen Studierendenzahlen in Deutschland herstellen.

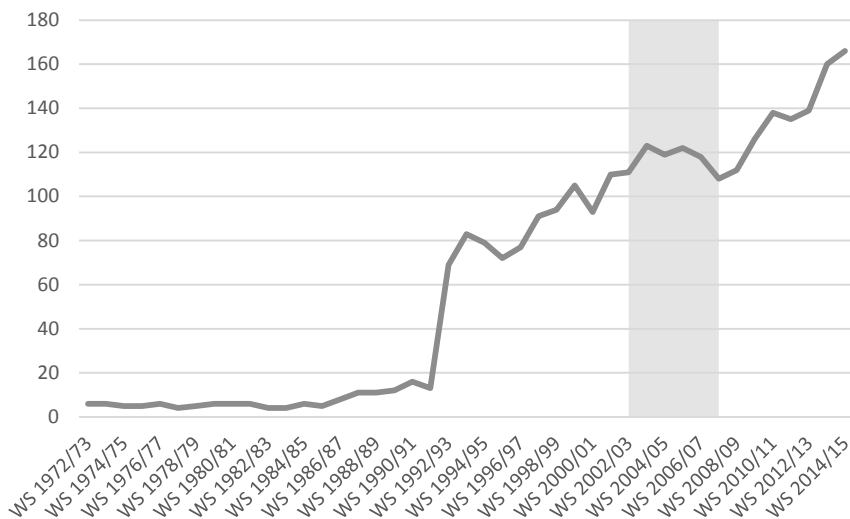


Abb. 3: Kubanische Studierende in Deutschland, WS 1972/73-2014/15

Quelle: Studentenstatistik Statistisches Bundesamt; Berechnungen DZHW/www.wissenschaft-weltoffen.de.

Hinweis: Die graue Fläche stellt den Zeitraum der EU-Sanktionierung dar.

Der DAAD förderte in der Sanktionsperiode jährlich 39 bis 77 kubanische Studierende, mit Ausnahme von 124 Geförderten im Jahr 2008 (Abb. 4). Der sprunghafte Anstieg der Förderzahlen für kubanische Wissenschaftler lässt sich – wie auch in den Jahren 2014 und 2015 – durch vom DAAD geförderte Alumniveranstaltungen erklären. Aus diesem Grund werden in Abbildung 4 zusätzlich um diese Sondereffekte bereinigte Zahlen abgebildet. In der Darstellung sind dabei die Zahlen für Studierende und Wissenschaftler aus Deutschland und aus Kuba jeweils zusammengefasst.

4. Fallstudien

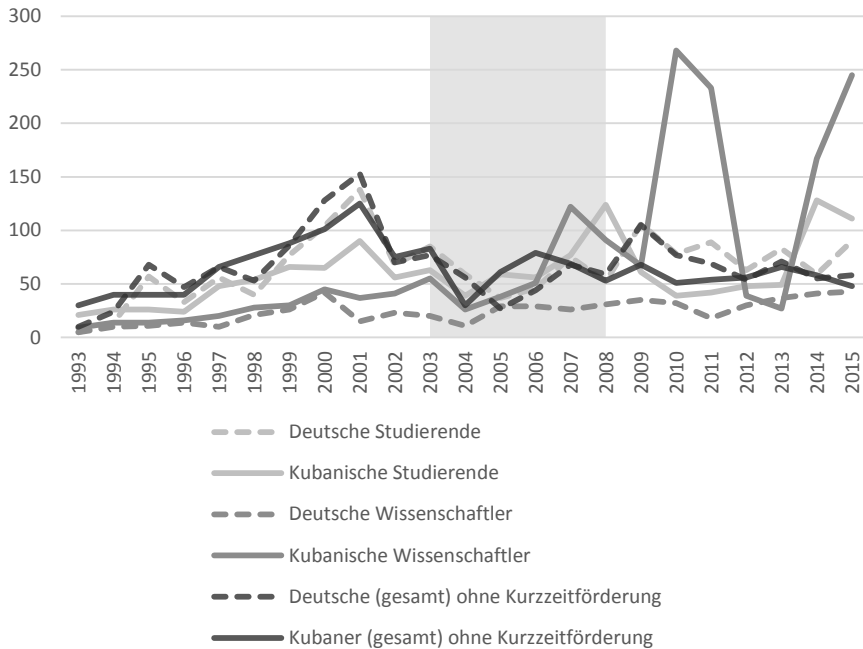


Abb. 4: Vom DAAD geförderter Studierenden- und Wissenschaftlertausch zwischen Deutschland und Kuba, 1993-2015

Quelle: DAAD-Jahresberichte 1993-2015.

Hinweis: Die graue Fläche stellt den Zeitraum der EU-Sanktionierung dar. Die Kategorien „Deutsche (gesamt) ohne Kurzzeitförderung“ und „Kubaner (gesamt) ohne Kurzzeitförderung“ fassen jeweils die Förderung für Studierende und Wissenschaftler zusammen, die Kurzzeitförderung wurde herausgerechnet. Das sich die Erfassung der DAAD-Kurzzeitförderung änderte, ist in der Abbildung für die Jahre 1993 bis 2010 die Kategorie „Weitere Partnerschafts- und Hochschulprogramme“ und für die Jahre 2011-2015 die Kategorie Förderdauer < 1 Monat (Individual- und Projektförderung) dargestellt. Ein direkter Vergleich der Zahlen ist deswegen nicht möglich.

Die Zahl kubanischer Wissenschaftler und Studierender in Deutschland sank von 2003 bis 2004; möglicherweise waren, als unmittelbare Folge der EU-Sanktionierung, die kubanischen Behörden restriktiver in der Erteilung von Ausreisegenehmigungen. Außerdem konnten Kubaner ebenfalls aufgrund der EU-Sanktionen direkt keine DAAD-Stipendien mehr beantragen. Jedoch nahm die Zahl der geförderten kubanischen Wissenschaftler und Studierender noch in der Sanktionsperiode wieder zu. Auch die Zahl deutscher Gastwissenschaftler und –studierender in Kuba sank zu Beginn der Sanktionsperiode, bis 2005, und stieg danach wieder an.

Trotz der schlechten politischen Beziehungen wurden nach einem ersten Schock 2003 in den Folgejahren Wege gefunden, den akademischen Austausch fortzuführen. Die in Anspruch genommene Förderung des DAAD wurde dabei offenbar als Austausch zwi-

schen kubanischen und deutschen Universitäten eingestuft. Demgegenüber sank die Zahl der geförderten kubanischen Wissenschaftler und Studierenden nach Aufhebung der Sanktionen im Jahr 2008. Der unabhängige Einfluss der EU-Sanktionen bzw. deren Aufhebung erscheint damit begrenzt.

Ulrike Dorf Müller, DAAD-Lektorin an der Universität in Havanna, betont, dass die Hochschulkooperation einer der wenigen Pfeiler war, der die bilateralen Beziehungen über die Sanktionszeit aufrechterhielt.¹² Trotzdem bedeutete die Verhängung der Sanktionen im Jahr 2003 einen deutlichen Einschnitt. Der DAAD durfte nicht öffentlich auftreten und für seine Arbeit werben, auch durften DAAD-Programme offiziell nicht als solche erkennbar sein.¹³ Entsprechend der politischen Großwetterlage verstärkte der DAAD die Kooperation nach 2003 nicht weiter. Die Individualförderung wurde jedoch nie ausgesetzt und auch das DAAD-Lektorat an der Universität Havanna war immer vertreten.

Die Aufhebung der Sanktionen 2008 hat die akademische Kooperation nicht spürbar verbessert. Erst seit 2014 verstärken sich die Beziehungen wieder, was sich an allein drei Reisen von Hochschul- und DAAD-Delegationen sowie einer kubanischen Delegationsreise nach Deutschland in den Jahren 2015 und 2016 ablesen lässt (Mittelstraß 2016). Infolge des Abschlusses eines bilateralen Rahmenabkommens zwischen Kuba und Deutschland im Jahr 2015 sowie eines Abkommens über Politischen Dialog und Zusammenarbeit zwischen der EU und Kuba 2016/17 sind kubanische Institutionen offener als noch vor ein paar Jahren, und sowohl die Zahl der Anfragen als auch das Interesse am DAAD steigen.¹⁴

Andere Initiativen des wissenschaftlichen Austauschs, wie das vom DAAD und vom Goethe-Institut unterstützte jährliche Treffen der Germanisten-Vereinigung an der Universität Havanna, fanden auch während der Sanktionierung statt.¹⁵ Die 2003 etablierte Hochschulkooperation zwischen der Universität Havanna und der Humboldt-Universität beispielsweise entwickelte sich zu einer der lebendigsten deutsch-kubanischen Kooperationen im akademischen Bereich. Unter anderem organisieren beide Universitäten jedes Jahr eine wirtschaftswissenschaftliche Sommerschule, eine internationale Fachkonferenz und zusätzlich Alumnitreffen.¹⁶ An der Schnittstelle zwischen Hochschule und Kunst ist die Zusammenarbeit zwischen der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle sowie der

¹² Interview Dorf Müller, 24.06.2016.

¹³ Interview Dorf Müller, 24.06.2016.

¹⁴ Interview Dorf Müller, 24.06.2016.

¹⁵ Interview Hoffmann, 13.05.2016.

¹⁶ Interview Gruss, 19.05.2016.

Hochschule für Kunst und Gesellschaft Alfter/Bonn mit dem *Instituto Superior de Arte La Habana* (ISA) seit 2009 ein weiterer Schwerpunkt des deutsch-kubanischen Austauschs.¹⁷ Auch existiert ein binationaler Studiengang im Bereich Wasser- und Recycling-Management. Es gibt laut Hochschulrektorenkonferenz 57 Hochschulpartnerschaften zwischen Deutschland und Kuba, dies entspricht in etwa der Größenordnung der Kooperationen mit Belarus. Während der Sanktionsepisode wurden weitere Hochschulkooperationen abgeschlossen (Hochschulkompass 2016). Dies zeigt, dass es trotz Sanktionen möglich war, die Wissenschaftskooperation weiterzuführen; schwierig war allerdings die Finanzierung der Kooperationen, da offiziell keine DAAD-Gelder angenommen werden durften. Die seltener vergebenen Stipendien der Alexander-von-Humboldt-Stiftung konnten demgegenüber während der gesamten Sanktionsperiode auch offiziell weiter in Anspruch genommen werden.

Schüler- und Jugendaustausch

Es gibt heute keine deutsche Schule auf Kuba, weil es dazu eines Kulturabkommens zwischen den beiden Ländern bedürfte. Die größten deutschen gemeinnützigen Schüleraustauschorganisationen bieten keine Austauschprogramme mit Kuba an. Dies gilt auch für gemeinnützige Freiwilligenorganisationen aus Deutschland. Es gibt lediglich Angebote von Freiwilligenprogrammen und Sprachkurse kommerzieller Anbieter.

Literatur und Sprache

Die EU-Sanktionen hatten nur geringe Auswirkungen auf die deutsch-kubanische Zusammenarbeit im Bereich Literatur, Sprache und Medien. Wilfredo Benitez, der Leiter der Stiftung Ludwig in Havanna, stellt fest, dass als unmittelbare Reaktion auf die Verhängung der Sanktionen einige Aktivitäten und Finanzierungen aufgegeben wurden, jedoch sei dies auch Anlass für Kulturschaffende beider Seiten gewesen, neue Aktivitäten zu beginnen.¹⁸ Zudem beobachtete er Unterschiede zwischen der diplomatischen Ebene und dem „intensiven“ kulturellen Austausch der durch das Verbindungsbüro des Goethe-Instituts gefördert wird (in Form von gegenseitigen Besuchen, Teilnahme an internationalen Events, künstlerischer Zusammenarbeit, deutschem Sprachunterricht). Das Interesse an Deutsch als Fremdsprache ist laut Ulrike Dorf Müller vom DAAD sehr groß. An der Deutschabteilung der Universität Havanna studieren ungefähr 150 Studierende Deutsch als erste Fremdsprache, etwa 35 Deutsch als zweite Fremdsprache. Drei weitere kubanische Hochschulen bieten Deutsch als zweite Fremdsprache an. Zur Unterstützung der

¹⁷ Interview Dorf Müller, 24.06.2016; Interview Hoffmann, 13.05.2016.

¹⁸ Interview Benitez, 29.05.2016.

kubanischen Germanistik existiert seit 2009 eine DAAD-geförderte Germanistische Institutspartnerschaft, die Stipendien für kubanische Studierende, Wissenschaftler und Fortbildungen umfasst. Die „Cátedra Wilhelm und Alexander von Humboldt“, eine Einrichtung der Universität Havanna, bietet zudem seit Kurzem Deutschkurse an. Hier lernen etwa 200 Kubaner Deutsch.

Die Internationale Buchmesse Havanna (*Feria Internacional del Libro*) ist ein kulturelles Großereignis in Kuba (Besucherzahlen von um die zwei Millionen bei einer Gesamtbevölkerung von elf Millionen). Seit ihrer Gründung im Jahr 1982 nahm Deutschland offiziell teil, mit einer vierjährigen Auszeit von 2004-2007, die im Zusammenhang mit den EU-Maßnahmen zu sehen ist. Die Einladung als „Schwerpunktland“ im Jahr 2004 schlug Deutschland aus und stellte auch keinen offiziellen Stand (Muñoz Lima/Campos 2012). Das Auswärtige Amt nannte die „Verschlechterung der Menschenrechtslage in Kuba und die erneute Vollstreckung von Todesurteilen“ als Grund – die gleiche Grundlage, auf der die EU ein Jahr zuvor Sanktionen verhängt hatte. Die Abwesenheit auf der Messe war damit eine bewusste Ausweitung der offiziellen europäischen Position auf den Kulturbereich. Nichtsdestotrotz nahm die Teilnahme privater deutscher Verlage an der Internationalen Buchmesse Havanna zu. Dies sollte ein Gegengewicht gegen die Sanktionen darstellen. Laut Dietmar Koschmieder, dem Sprecher des Berliner Büros der Buchmesse Havanna, waren noch nie so viele deutsche Verlage auf der Buchmesse vertreten, wie in den fünf Jahren des deutschen politischen Boykotts (Muñoz Lima/Campos 2012).

Kunst und Musik

Private und zivilgesellschaftliche Kooperationen im Kunst- und Musikbereich scheinen nur gering von den Sanktionen beeinflusst gewesen zu sein. Die Arbeit der privaten Peter und Irene Ludwig Stiftung für Kunst und internationale Verständigung GmbH wurde laut Wilfredo Benitez von der Stiftung Ludwig in Havanna von den Sanktionen nicht beeinflusst. Kubanische Gesprächspartner haben die Stiftung nie als Teil des sanktionierenden Systems wahrgenommen; alle Programme konnten unbeeinflusst weitergeführt werden.¹⁹

Das Cine Latino Filmfestival in Tübingen, die wichtigste Plattform für spanischen und lateinamerikanischen Film in Deutschland, wählte Kuba 2004 zum Schwerpunktland, was allerdings nichts mit den verhängten Sanktionen zu tun hatte, sondern daran lag, dass in

¹⁹ Interview Benitez, 29.05.2016.

diesem Jahr besonders viele Filme im Land produziert wurden.²⁰ Das Cine Latino wird zu etwa 40 Prozent aus öffentlichen Geldern finanziert – von der Stadt Tübingen, der Stadt Stuttgart und dem Land Baden-Württemberg. Laut Paulo Carvalho, dem künstlerischen Leiter des Cine Latino, gab es mit der Förderung aber nie Probleme, da das Festival immer als eine kulturelle und nicht eine politische Initiative angesehen wurde.²¹ In der Arbeit mit Kubanern hat Carvalho jedoch durchaus einige Sanktionseffekte wahrgenommen: Regisseure wurden merklich zurückhaltender und das Cine Latino verhielt sich vorsichtiger in der Formulierung von Anfragen. Nach 2008 wurde die Aus- und Einreise von Filmemachern wieder einfacher, und neben dem staatlichen kubanischen Filminstitut wurden alternative private Finanzierungsmöglichkeiten zugelassen.²²

Auch Carvalho beobachtet, dass vor allem die jüngste Lockerung der US-Sanktionen eine Aufbruchsstimmung geschaffen hat. Die steigende Anzahl an Künstlerkooperationen und Ausstellungen in der ersten Hälfte des Jahres 2016 ist ein Spiegel des gesteigerten Interesses und beginnenden lebendigeren Austauschs (Hoffmann 2016): Zum Jahreswechsel 2015/2016 stellte der kubanische Künstler Roberto Diago in Berlin aus (Berlin Ausstellungen 2015), von April bis Juni 2016 präsentierte die Ludwig Stiftung in Koblenz zeitgenössische kubanische Kunst (SWR 2016) und die Kunsthalle Rostock präsentierte im Mai 2016 eine Ausstellung mit dem Titel „Kuba Libre“ (Kunsthalle Rostock 2016). Auf musikalischer Ebene war die in Kooperation des Verbindungsbüros des Goethe-Instituts, des Opernensembles *Teatro Lírico Nacional de Cuba*, der Kompanie *Danza Teatro Retazos* und dem Richard-Wagner-Verband organisierte Aufführung der Wagneroper *Tannhäuser* im Opernhaus Alicia Alonso in Havanna im Frühjahr 2016 ein Beispiel für die neuen Möglichkeiten und die Öffnung Kubas – waren doch Opern allgemein und Wagner im Besonderen unter Fidel Castro nicht gerne gesehen (Goethe-Institut 2016d).

²⁰ Interview Carvalho, 02.06.2016.

²¹ Interview Carvalho, 02.06.2016.

²² Interview Carvalho, 02.06.2016.

Weitere zivilgesellschaftliche Initiativen

Links-orientierte Solidaritätsorganisationen wie *Cuba Sí* und die Freundschaftsgesellschaft setzen sich für einen zivilgesellschaftlichen Austausch zwischen Deutschland und Kuba ein. Dieser ist jedoch insgesamt recht gering ausgeprägt. Es bestehen zudem keine offiziellen Partnerschaften zwischen kubanischen und deutschen Städten, auch dies ist ein Zeichen geringer kultureller und zivilgesellschaftlicher Verflechtungen, vor allem im Vergleich zu Russland und Belarus.

3. Länderfazit Kuba

Die kubanische Regierung hat sich seit 1960 immer im Schatten der umfassenden US-Sanktionen bewegt und ihren anti-imperialistischen Diskurs als zentrale Legitimationsgrundlage nach innen und nach außen genutzt. Vor diesem Hintergrund lässt sich die heftige Reaktion Kubas auf die EU-Sanktionen im Jahr 2003 erklären, die auch Rückwirkungen auf die Beziehungen in Kultur und Wissenschaft hatten. Offensichtlich fügten sich deren Sanktionen aus Sicht der Castro-Regierung in das von den USA bekannte Muster.

Eine Besonderheit im Vergleich zu den anderen Fallstudien ist die Art der EU-Maßnahmen: trotz lediglich diplomatischer Sanktionen zeigt sich an der umgehenden Reaktion von Präsident Fidel Castro – der Beschränkung des Kulturaustauschs und der Zurückweisung von Entwicklungshilfe – sowie der Beziehungsstörung beider Länder in der Folgezeit, dass auch diplomatische Sanktionen starke mentale Effekte haben können. Dementsprechend wurde die Zusammenarbeit mit Kuba nie erheblich aufgrund wirtschaftlicher oder logistischer Sanktionseffekte behindert, sondern aufgrund mentaler Wirkungen und des marxistisch-leninistischen Staatsverständnisses, das auch den Kultursektor zu kontrollieren versucht. Zudem war eine offizielle Präsenz auf der Internationalen Buchmesse Havanna und eine Ausweitung der akademischen Kooperation von der damaligen Bundesregierung zu der Zeit politisch nicht gewollt. Der Kultur- und Bildungssektor war damit auch Teil der Sanktionen. Die negativen Effekte haben das Sanktionsende überdauert. So gab es nur wenige Beispiele des Kulturaustauschs, in denen seit 2008 bis zum jüngsten Aufschwung eine wirkliche qualitative Verbesserung eingetreten ist. Außenminister Frank-Walter Steinmeier sprach während seines Kuba-Besuchs 2015 von „Jahren der Entfremdung und Sprachlosigkeit“, die beendet werden müssten (Auswärtiges Amt 2015a).

Auf der einen Seite birgt die Annäherung an die USA und an die EU sowie die vorsichtige Öffnung des Landes unter Raúl Castro, ein erhebliches Potenzial, das es zu nutzen gilt. Gleichzeitig bleibt der staatlich-sozialistische Machtanspruch zur Kulturgestal-

tung in Kuba bestehen, was noch immer zu Repressionen gegenüber systemkritischen Künstlern und Journalisten führt. Entscheidend ist daher, wie auch in Iran, dass sich Kultur- und Bildungs Kooperation nicht nur an staatlichen Stellen orientiert, sondern explizit zivilgesellschaftliche und staatsfernere Kulturschaffende fördert. Der Abschluss des bilateralen Kulturabkommens zwischen Deutschland und Kuba wäre eine wichtige Basis für die weitere Zusammenarbeit. Ein solches Abkommen wäre die Grundlage für ein verstärktes Engagement des Goethe-Instituts und würde es dem DAAD und anderen Organisationen erlauben, ihre Programme mit Kuba auszubauen.

Russland: Vielfältige kulturelle Beziehungen unter Druck

Die politischen Beziehungen zwischen dem Westen und Russland befinden sich seit der Annektierung der Krim und dem Beginn der Ukraine-Krise im Frühjahr 2014 auf einem Tiefpunkt. Die EU hat erstmals seit dem Zerfall der Sowjetunion Sanktionen gegen Russland verhängt. Sie setzt gemeinsam mit den USA seit März 2014 Finanzsanktionen, sektorale Wirtschaftssanktionen und personenbezogene Sanktionen gegen Russland ein, die in mehreren Schritten, unter anderem nach dem Abschuss der MH17-Passagiermaschine im Juli 2014, verschärft wurden (Ashford 2016). Eine Aufhebung der auf den Ukraine-Konflikt bezogenen Sanktionen wurde an die vollständige Umsetzung der Vereinbarungen von Minsk geknüpft.

Die EU-Sanktionen richten sich sowohl gegen 146 Personen als auch 37 Organisationen, die „für Handlungen verantwortlich sind, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen“ (Europäischer Rat und Rat der Europäischen Union 2016). Sie erschweren mehreren russischen Banken, Rüstungs- und Energieunternehmen den Zugang zu den europäischen Kapitalmärkten. Zudem unterbinden sie den Import und Export von Rüstungsgütern jeglicher Art sowie von „Dual-Use Gütern“, die für militärische Zwecke bestimmt sein könnten. Des Weiteren schränken sie den Zugang Russlands zu Technologien, die für die Erdölförderung genutzt werden können, ein (Europäischer Rat und Rat der Europäischen Union 2016; Germany Trade and Invest 2016).

Russland hat im August 2014 mit Gegensanktionen reagiert. Diese umfassen sowohl Einfuhrverbote für bestimmte Lebensmittel und Agrarprodukte aus der EU, den USA, Kanada, Australien und Norwegen als auch Visasperren und Einreiseverbote gegen zahlreiche Entscheidungsträger aus der EU und den USA (Germany Trade and Invest 2016).

1. Allgemeine Charakteristika und Beziehungen zum Westen

Die internationale Einbindung Russlands hat sich seit dem Zerfall der Sowjetunion kontinuierlich vergrößert und im Vergleich zu den anderen Fallstudienländern, vor allem Iran und Kuba, ein hohes Niveau erreicht (Dreher 2015). Während die ökonomische Globalisierung immer noch hinterher hinkt, ist die soziale Globalisierung des Landes, d.h. die internationalen Kontakte der russischen Bevölkerung, die grenzüberschreitenden Informationsflüsse sowie seine kulturelle Nähe zum Westen, bis zum Jahr 2000 stark angestiegen und erst seit 2009 leicht im Abwärtstrend. Im KOF Globalisierungsindex rangiert Russland bei der sozialen Globalisierung auf Rang 59 von 207 Staaten. Insgesamt ist das Land im Hinblick auf die ökonomische, politische sowie soziale Dimension vergleichsweise offen für Einflüsse von außen, der Globalisierungswert von Russland liegt über dem weltweiten Durchschnitt (53. Stelle) (Dreher 2015).

Vor allem seit der Jahrtausendwende konzentriert sich die politische Macht verstärkt in den Händen des Staatsoberhauptes und es lassen sich zunehmend autoritäre Tendenzen beobachten. Die Zivilgesellschaft sieht sich mit vermehrten Einschränkungen konfrontiert, insbesondere, wenn sie sich kritisch gegenüber dem Kreml positioniert. Freedom House stuft Russland seit 2005 als „nicht frei“ ein (Freedom House 2016b). Die Zusammenarbeit russischer und internationaler Nichtregierungsorganisationen (NGO) wird durch die russische Regierung massiv eingeschränkt, NGOs, die internationale Fördermittel erhalten, sehen sich seit dem 2012 verabschiedeten und seitdem mehrfach verschärfte „Agenten-Gesetz“ einem Generalverdacht ausgesetzt (Smits 2014; Siegert 2015).

Im Dezember 2012 verkündete Präsident Putin, einen größeren Schwerpunkt auf die russische Kultur und Sprache in den internationalen Beziehungen des Landes legen zu wollen (Fedorova/Kochelyaeva 2013). Die russische Regierung nutzt dabei einen top-down Ansatz und verzichtet weitgehend auf den Dialog mit der russischen Zivilgesellschaft (Smits 2014: 3). Unabhängige Kulturakteure haben es also – zunächst unabhängig von der Sanktionierung des Westens – zunehmend schwer in Russland. Trotz dieser offenkundigen Defizite erkennen die interviewten Experten im Vergleich zu den anderen drei Fallstudien größere Entfaltungsmöglichkeiten für den russischen Kultursektor.

2. Direkte und indirekte Effekte von Sanktionen auf kulturelle Beziehungen

Trotz der politischen Spannungen ist der kulturelle Austausch zwischen Deutschland und Russland aufgrund eines über Jahrzehnte gewachsenen Fundaments kultureller Beziehungen insgesamt nach wie vor lebendig.²³ Benedikt Brisch beispielsweise, der Leiter der Personenförderung Nord des DAAD, beschreibt die deutsch-russischen Kulturbeziehungen als „sehr intensiv, dynamisch und umfangreich.“²⁴ Aufgrund der erst seit zwei Jahren wirksamen Sanktionen kann im Falle Russlands noch nicht auf umfangreiche Daten zurückgegriffen werden, die Ergebnisse haben deshalb vorläufigen Charakter. Nichtsdestotrotz lassen sich erste Anzeichen für mit den Sanktionen im Zusammenhang stehende Effekte erkennen.

Die zentrale Legitimationsressource von Präsident Putin ist seit 2012 ein Freund-Feind-Paradigma, welches den Druck auf kulturelle und akademische Einrichtungen erhöht, weniger eng mit dem Westen zu kooperieren. Die russische Regierung nutzt die Sanktionen, um dieses Narrativ weiter auszubauen. Die im Umfang beschränkten Maßnahmen des Westens werden von der Staatsführung instrumentalisiert, um eine anti-westliche Politik zu legitimieren. Sie erleichtern der russischen Führung die Brandmarkung nichtstaatlicher Organisation als „ausländische Agenten“. Sanktionen sind damit ein wesentliches Legitimierungselement für die russische Regierung und deren Betonung, dass der Westen Russland klein halten wolle. Sie wirken dementsprechend vornehmlich mental und markieren eine Art Zäsur, da sie den Boden bereiten für die zunehmende Abkehr vom Westen und ein verstärktes Denken in Ihr-Wir-Kategorien. Diese Entwicklung geht einher mit einer deutlich erkennbaren Klimaveränderung für den kulturellen Austausch: Die Kommunikation ist insgesamt konfrontativer geworden und das gegenseitige Vertrauen hat abgenommen.²⁵

Mittlerorganisationen und weitere Institutionen des Kulturaustauschs

Generell ist es Kulturmittlerorganisationen möglich, in Russland zu arbeiten. Allerdings ist der Spielraum für unabhängige und „kritische“ Akteure über die Jahre durch autoritäre Tendenzen der Regierung geringer geworden. In Russland arbeiten drei Goethe-Institute an den Standorten Moskau (seit 1992), St. Petersburg (1993) und Nowosibirsk (2009). Darüber hinaus gibt es ein zum Goethe-Institut gehörendes Netzwerk von Lesesälen, Kontaktstellen, Sprachlernzentren, Prüfungspartnern und Deutschlehrerverbänden.

²³ Interview Meister, 11.05.2016; Interview Morré, 10.05.2016.

²⁴ Interview Brisch, 27.05.2016.

²⁵ Interview Meister, 11.05.2016; Interview Morré, 10.05.2016.

Rüdiger Bolz, Leiter des Goethe-Instituts Moskau, erkennt bislang kaum Auswirkungen der Sanktionen auf den Kulturaustausch. Es bestehe weiter ein großer Zuspruch zu den Bildungs- und Sprachkursangeboten und ein ungebrochener Austausch von Künstlern und Kulturschaffenden.²⁶ Nichtsdestotrotz sind durchaus Auswirkungen der zunehmend repressiven Haltung der russischen Regierung erkennbar. Russische Organisationen, die Gefahr laufen als ausländische Agenten deklariert zu werden, haben offensichtlich verstärkt Vorbehalte, mit westlichen Partnern zu kooperieren und werden vorsichtiger. Zudem sind ökonomische Effekte der Finanzsanktionen und der Gegensanktionen erkennbar, die die Wirtschaftskrise verstärken und dafür sorgen, dass vor allem in den Regionen außerhalb der Kulturzentren Moskau und St. Petersburg Kulturetats zum Teil drastisch gekürzt worden sind, mit negativen Konsequenzen auch für die kulturelle Zusammenarbeit.

Neben dem Goethe-Institut sind sowohl politische als auch private Stiftungen wesentliche Akteure bei der Gestaltung der kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. Eine ganze Reihe von deutschen Förderinstitutionen, z. B. die Robert Bosch-, Mercator- oder die Volkswagen-Stiftung, führen aktuell russlandbezogene Programme durch, die ganz verschiedene Bereiche des kulturellen Austauschs fördern, darunter die wissenschaftliche Kooperation, Freiwilligenarbeit, Film- und Literaturprojekte.

Sowohl in Deutschland als auch in Russland gibt es zahlreiche Begegnungs- und Kulturzentren, darunter beispielsweise das Russische Haus der Wissenschaft und Kultur in Berlin oder gleich mehrere von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) geförderte Deutsch-Russische Häuser in Russland, sowie verschiedene Dialogforen, wie den Petersburger Dialog, ein 2001 ins Leben gerufenes deutsch-russisches Diskussionsforum, welches die Verständigung sowie einen Dialog zwischen beiden Ländern fördern soll und einmal im Jahr abwechselnd in Deutschland und Russland zusammenkommt. Im Zuge der Zuspitzung der Ukraine-Krise wurde die Tagung im Jahr 2014 ausgesetzt, ein Großteil der kleineren Arbeitsgruppen kam aber dennoch zusammen. Im folgenden Jahr fand der Dialog wieder statt (Petersburger Dialog 2015).

²⁶ Interview Bolz, 25.05.2016.

Die Folgen der Sanktionierung sind insgesamt widersprüchlich. Einerseits schreibt Vygaudas Ušackas, der Sonderbeauftragte der EU für Russland, die Absage der *Europe Days* im Frühjahr 2014, die der Vorstellung europäischer Kultur in russischen Städten dienen, dem Protest der russischen Seite gegen die EU-Sanktionen zu (Rebo 2016). Andere Initiativen liefen jedoch weiter, wie die bilateralen Jahre zwischen Mitgliedstaaten der EU und Russland.

Wissenschafts- und Hochschulaustausch

Trotz der politischen Spannungen ist das Bestreben erkennbar, in Forschung und Entwicklung weiter zu kooperieren und Förderprogramme aufrecht zu erhalten. Beispiele hierfür sind die ungebrochene Zusammenarbeit der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und der *Russian Foundation for Humanities* (RFH), die Bemühungen des Deutschen Hauses für Wissenschaft und Innovation in Moskau (DWIH) den deutsch-russischen Austausch im Bereich von Wissenschaft, Forschung und Technologie zu vertiefen oder die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) weiter registrierte große Anzahl von Förderanträgen für Kooperationen mit russischen Partnern (Gorka/Piotrowski 2016).

Im Hinblick auf den Wissenschafts- und Hochschulaustausch zwischen Russland und Deutschland sind im Wintersemester 2014/2015, also dem ersten Semester, in dem die Sanktionsregime wirksam waren, keine negativen Auswirkungen erkennbar. Ganz im Gegenteil, die Zahlen russischer Studierender stiegen weiter. Besonders interessant ist dabei die Tatsache, dass dazu vor allem „Bildungsausländer“ beigetragen haben (siehe Abb. 5), also diejenigen Studierenden mit russischer Staatsbürgerschaft, die aus Russland selbst kommen und nicht in Deutschland aufgewachsen sind (Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung 2015). Allerdings ist es für eine umfassende Einschätzung der Entwicklungen angesichts der erst im Jahr 2014 verhängten Sanktionen noch zu früh.

4. Fallstudien

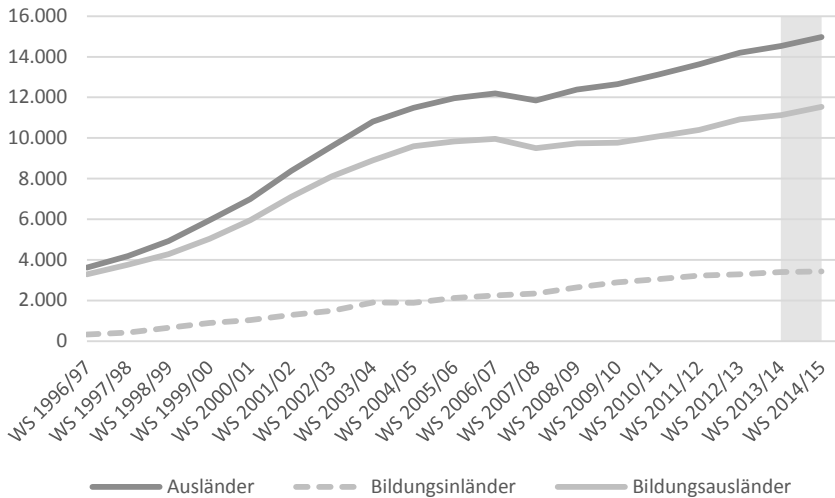


Abb. 5: Russische Studierende in Deutschland, WS 1996/97-WS2014/15

Quelle: Studentenstatistik Statistisches Bundesamt; Berechnungen DZHW/www.wissenschaft-weltoffen.de.

Hinweis: Die graue Fläche stellt den Zeitraum der EU-Sanktionierung dar.

Jörn Achterberg, der Leiter des DFG-Büros in Russland, stellt fest, dass die Wissenschaft ein ungebrochen geförderter Bereich der russisch-deutschen Beziehungen sei. Gleichzeitig konstatiert er aber auch, dass es schwieriger geworden sei Neues anzuschließen. So gäbe es zwar Wissenschaftler mit einer Jetzt-erst-recht-Mentalität, andere seien allerdings verunsichert und vorsichtig, neue Kooperationen mit deutschen Institutionen und Wissenschaftlern einzugehen (Lohse 2016).

Blickt man auf die vom DAAD geförderten russischen Studierenden in Deutschland sowie die deutschen Studierenden in Russland, erkennt man in den letzten zehn Jahren wiederholt starke Schwankungen, allerdings liegen nur Zahlen bis einschließlich 2014 vor (siehe Abb. 6). Für Benedikt Brisch vom DAAD sind angesichts dieser Schwankungen keine klar identifizierbaren Auswirkungen der Sanktionen auf den akademischen Austausch erkennbar. Er unterstreicht, dass der DAAD auch „seit dem Beginn der Sanktionen 2014 vielfache Anfragen und Projektvorschläge von deutschen und russischen Hochschulen zum akademischen Austausch erhält“.²⁷

²⁷ Interview Brisch, 27.05.2016.

4. Fallstudien

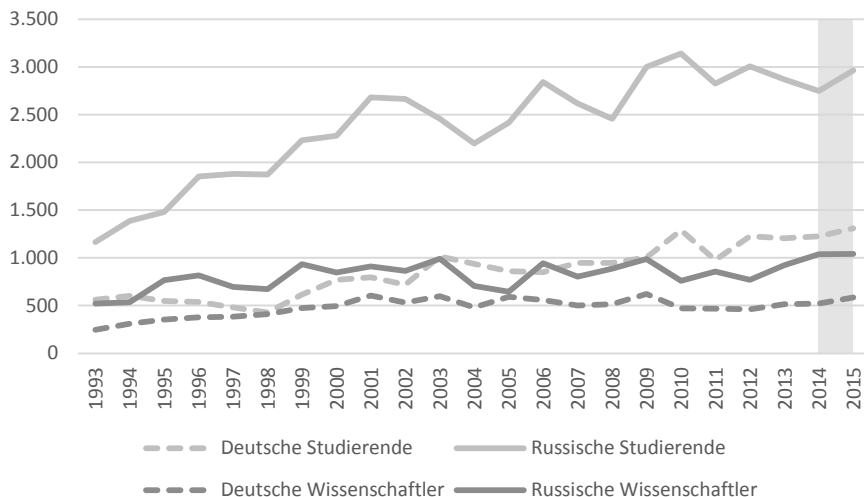


Abb. 6: Vom DAAD geförderter Studierenden- und Wissenschaftlertausch zwischen Deutschland und Russland
Quelle: DAAD-Jahresberichte 1993-2015.

Hinweis: Die graue Fläche stellt den Zeitraum der EU-Sanktionierung dar.

Während die vorliegenden Studierendenzahlen kurz nach Beginn der Sanktionierung keine Einbrüche erkennen lassen, ergibt sich hinsichtlich bestehender Förderprogramme ein zweigeteiltes Bild. So gibt es sowohl Anzeichen für einen ungebrochenen Wissenschaftsaustausch als auch für Entwicklungen, die negative Auswirkungen von Sanktionen auf den akademischen Austausch andeuten. Exemplarisch für einen größer gewordenen Förderwillen auf deutscher Seite stehen die Bemühungen der Volkswagen-Stiftung gerade vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise Kooperationsvorhaben von ukrainischen, russischen und deutschen Wissenschaftlern zu fördern. Nachdem sie von 2001 bis 2015 lediglich ein bis fünf Projekte pro Jahr mit Bezug zu Russland bewilligt hatte, ist diese Zahl auf 24 Projekte im Jahr 2016 angestiegen. Zudem wurde 2014, auf dem Höhepunkt der Ukraine-Krise, das Deutsch-russische Institut für innovative Technologien in Kasan eröffnet (DAAD 2014b).

Auf russischer Seite hingegen ist eher das Gegenteil beobachtbar: Der Austausch wird erschwert und Sanktionen werden instrumentalisiert um Kontakte zurückzufahren.²⁸ Diese größer werdende Vorsicht hängt jedoch nicht in erster Linie mit den Sanktionen zusammen, sondern wird vor allem durch den Druck auf kritische Stimmen in Russland

²⁸ Interview Meister, 11.05.2016

verursacht.²⁹ Sie ist sowohl das Resultat der direkten staatlichen Repression als auch das Ergebnis einer Drohkulisse, die zu Selbstzensur und vorauseilendem Gehorsam führt (Libman 2015). Wissenschaftler sind insbesondere als Vertreter ihrer Institutionen zunehmend vorsichtig und lehnen Kooperation öfter ab, bemühen sich aber weiter um Austausch auf individueller Ebene. Dadurch verändern sich bestehende Partnerschaften und es wird schwieriger, neue Projekte anzustoßen.³⁰

Schüler- und Jugendaustausch

Beim Schüler- und Jugendaustausch lassen sich, anders als bei der Studierendenstatistik, seit 2014 deutliche Einbrüche erkennen. Laut Statistiken des Arbeitskreises gemeinnütziger Jugendaustauschorganisationen (AJA) gehen sowohl die Teilnehmerzahlen deutscher als auch russischer Schüler an gegenseitigen langfristigen Austauschprogrammen, die sich in der Vergangenheit ohnehin schon auf einem geringen Niveau bewegten, in den letzten Jahren kontinuierlich zurück. Der Deutsch-Russische Austausch, eine NGO, die sich seit 1992 für den zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland einsetzt, und die Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch registrieren aufgrund der angespannten politischen Lage insbesondere seit 2014 eine geringere Nachfrage (Melle 2015). Dazu würden vor allem „der Wertverfall des Rubels, die negative Berichterstattung über das jeweils andere Land in den Leitmedien beider Länder und die Einführung von biometrischen Visa für russische Jugendliche“ (Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch 2016) beitragen, mit der Folge, dass die Austauschzahlen im schulischen Bereich um 60 Prozent eingebrochen sind.

Es ist also ein massiver Rückgang der Austauschzahlen erkennbar, zu dem sowohl materielle als auch mentale Effekte der Sanktionen beitragen. Materiell wirkt sich insbesondere die zunehmende Visaproblematik aus. Anträge werden genauer geprüft und es werden von beiden Seiten zahlreichere Unterlagen verlangt.³¹ Darüber hinaus erhalten Langzeitfreiwillige in Russland oftmals nur Dreimonatsvisa und müssen somit alle drei Monate ausreisen, was mit enormen Kosten verbunden ist. Dies hat laut Ute Weinmann von der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste zur Folge, dass sich immer mehr westliche Träger gegen die Entsendung von Freiwilligen nach Russland entscheiden.³² Mental können die Sanktionen zudem eine negative Signalwirkung entwickeln und für wachsende

²⁹ Interview Pleines, 04.05.2016.

³⁰ Interview Pleines, 04.05.2016; Interview Meister, 11.05.2016.

³¹ Interview Wildfeuer, 07.06.2016.

³² Interview Weinmann, 16.05.2016.

Vorbehalte bei Eltern und Jugendlichen sorgen.³³ Um dem Rückgang der Austauschzahlen entgegenzuwirken, unterzeichneten die Außenminister beider Länder, Sergej Lawrow und Frank-Walter Steinmeier, im März 2016 die Vereinbarung über das Deutsch-Russische Jahr des Jugendaustausches 2016/2017 (Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch 2016).

Literatur und Sprache

Im Hinblick auf den Austausch im Feld der Literatur und Sprache überwiegen die Beispiele für einen weiterhin lebendigen Austausch. Auf beiden Seiten ist das Interesse an zeitgenössischer Literatur und Sachbüchern nach wie vor sehr groß und es gibt zahlreiche Übersetzungen.³⁴ Bei den vom Goethe-Institut in Russland geförderten Übersetzungen ergibt sich jedoch ein anderes Bild. Diese sind seit 2014 stark zurückgegangen. Wurden im Jahr 2011 noch 19 Titel gefördert, waren es 2014 und 2015 nur noch acht bzw. sieben. 2016 wurden bis zum 26. April 2016 lediglich die Übersetzung von zwei Titeln gefördert (Goethe-Institut 2016c). Ob ein Zusammenhang mit der Sanktionierung Russlands besteht, ist angesichts der kurzen Zeitspanne seit Sanktionsbeginn allerdings noch unklar. 2014 und 2015, also bereits unter dem Eindruck der gegenseitigen Sanktionierung, wurden u. a. vom Goethe-Institut ein Jahr der deutschen Sprache und Literatur in Russland und parallel dazu ein Jahr der russischen Sprache und Literatur in Deutschland, wie geplant durchgeführt.

Nichtsdestotrotz deuten sich auch hinsichtlich des Austauschs bei Literatur und Sprache indirekte Effekte der Sanktionen an. So haben unabhängige russische Verlage angesichts der Wirtschaftskrise, zu der auch die Sanktionen beitragen, zunehmend mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen.³⁵ Hinsichtlich des Sprachkursbetriebs der Goethe-Institute ergibt sich ein zweigeteiltes Bild. Während sich bei den Teilnehmerzahlen des Goethe-Instituts St. Petersburg keine Einbrüche seit der Ukraine-Krise erkennen lassen, sind beim Goethe-Institut Moskau Rückgänge parallel zur Ukraine-Krise und der gegenseitigen Sanktionierung erkennbar (Goethe-Institut 2016e). Ob dies allerdings mit der Sanktionierung zusammenhängt, lässt sich nicht eindeutig feststellen.

³³ Interview Wildfeuer, 07.06.2016.

³⁴ Interview Bolz, 25.05.2016.

³⁵ Interview Bolz, 25.05.2016.

Kunst und Musik

Auf den – weniger politisierten – Gebieten der bildenden und darstellenden Kunst sowie der Musik besteht weiter ein lebendiger Austausch, beispielsweise zwischen deutschen und russischen Museen.³⁶ Ein Beispiel hierfür ist die Ausstellung „Die Cranach-Familie zwischen Renaissance und Manierismus“ vom 3. März bis 15. Mai 2016 im Puschkin-Museum in Moskau als (Boutsko 2016). Auch Film-, Theater- und Musikfestivals fördern den Austausch weiter. Beispiele hierfür sind das goEast-Filmfestival in Wiesbaden, das Deutsche Filmfestival in Nowosibirsk, die Ausstellung osteuropäischer, insbesondere russischer, Kunst in der Galerie Vinogradov in Berlin oder auch das von ehrenamtlichen Mitarbeitern organisierte JULA-Festival in München, ein Jugendtheater- und Musikfestival mit dem Schwerpunkt auf dem osteuropäischen Raum. Beim NORDWIND-Festival Ende 2015 wurde sogar erstmals ein Schwerpunkt auf die Arbeit russischer Künstler gelegt.

Sanktionen verstärken jedoch offenbar auch das Misstrauen der Behörden bei der Visaerteilung für Künstler und erschweren damit den Kulturaustausch. Oft bedarf es dazu nicht einmal eines formalen Erlasses. Das von Libman (2015) für den akademischen Bereich ausgemachte Phänomen des vorausseilenden Gehorsams und der Übererfüllung von Vorgaben zeigt sich offensichtlich auch im Kulturbereich, wo russische Beamte nach Einschätzung von verschiedenen Gesprächspartnern bei der Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen für ausländische Künstler und Autoren zurückhaltender geworden seien.

Weitere zivilgesellschaftliche Initiativen

Die beteiligten Akteure betonen in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit gerade in Zeiten politischer Spannungen und einer gegenseitigen Sanktionierung weiter auf den künstlerischen und zivilgesellschaftlichen Austausch zu setzen. Ein Ansatzpunkt sind die aktuell 112 Städtepartnerschaften zwischen deutschen und russischen Kommunen (Stand Juni 2016) (Rat der Gemeinden und Regionen Europas 2016), die der Kristallisationspunkt für zahlreiche Initiativen sind, darunter Austauschreisen, die Teilnahme an gemeinsamen Foren, Vergangenheitsaufarbeitung und die Organisation von gemeinsamen Freizeitaktivitäten (u. a. Tanzworkshops und Musikprojekte). So wird anhand der Partnerschaft Berlin-Moskau deutlich, dass der Austausch noch gewährleistet ist. Nichtsdestotrotz ist hier insbesondere seit 2014 ein deutlicher Rückgang gemeinsamer Initiativen beobachtbar, der vor allem mit dem Bürgermeisterwechsel in Moskau im Jahr 2010, der russischen

³⁶ Interview Morré, 10.05.2016.

Wirtschaftskrise und den abgekühlten politischen Beziehungen im Zuge der Ukraine-Krise zusammen hängt (Lackmann 2016).

3. Länderfazit Russland

Im Vergleich zu den anderen Fallstudien Iran, Kuba und Belarus sind die kulturellen Beziehung Deutschlands und Russlands äußerst vielgestaltig und von einer Vielzahl von Akteuren und Institutionen getragen. Hauptursache für verminderte Aktivitäten in einigen Bereichen ist offensichtlich das seit Jahren autoritärer werdende Klima in Russland.

Die Sanktionen wirken sich vor allem durch eine Verhärtung der Position der russischen Regierung aus. Eine zentrale Legitimationsressource von Präsident Putin ist – seit 2012 zunehmend – ein klares Freund-Feind-Schema. Die Sanktionen befeuern diesen Diskurs und liefern damit ein weiteres Begründungselement russischer Propaganda. Sie haben verstärkende mentale Effekte und sorgen für wachsende Vorbehalte auf beiden Seiten gegenüber dem Austausch. Wissenschaftler oder kulturelle Akteure werden nicht direkt sanktioniert, aber die Klimaveränderung und Repression sorgt auf russischer Seite für wachsende Ängste und Selbstzensur und in der Folge teilweise auch für Zurückhaltung bei der Kooperation mit dem Westen.

Zudem stellen materielle Effekte der Sanktionen, darunter strikere Visaauflagen sowie eine Verschärfung der bereits prekären wirtschaftlichen Situation Russlands der kulturellen Zusammenarbeit ganz praktische Hürden. Kulturetats werden gekürzt und Reisen in den Westen werden für Teile der russischen Bevölkerung zunehmend unerschwinglich. Kulturschaffende versuchen diesen negativen Effekten entgegen zu wirken, indem sie Kontakte pflegen und die Kommunikation auch bei Meinungsverschiedenheiten aufrechterhalten.³⁷ Zudem lassen sich Bemühungen beobachten gerade in Zeiten politischer Spannungen durch Stipendien- und Förderprogramme, Ausstellungen und Festivals den kulturellen Austausch aufrecht zu erhalten oder gar zu stärken.

Trotz des von Entscheidungsträgern wiederholt vorgebrachten Dialogwillens (Steinmeier 2016), weisen die Experteninterviews auf indirekte materielle und mentale Auswirkungen von Sanktionen auf den Kulturaustausch hin. Angesichts der russischen Wirtschaftskrise und einer damit einhergehenden Kürzung von Kulturetats sollte die Förderung des kulturellen Austauschs aufgestockt werden. Das über Jahre gewachsene Funda-

³⁷ Interview Morré, 10.05.2016.

ment der kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland bietet dafür auch nach zwei Jahren der gegenseitigen Sanktionierung eine Vielzahl von Ansatzpunkten. Exemplarisch hierfür steht das wenig politisierte Deutsch-Russische Jahr des Jugendaustauschs. Trotz dieser positiven Anzeichen stellt das abweisende Klima in Russland gegenüber ausländischen Einflüssen und Geldgebern eine nicht zu unterschätzende Hürde für die wechselseitige Förderung des Kulturaustauschs dar. Dementsprechend müssen Mittlerorganisationen und Kulturschaffende auf beiden Seiten einen langen Atem haben, da die Haltung der russischen Regierung gegenüber kulturellem und zivilgesellschaftlichem Austausch mit dem Westen, und damit auch mit Deutschland, eher angespannter als offener geworden ist.

Belarus: Sanktionen als Teil weitgehender Isolierung vom Westen

Die USA reagierten 2004 mit dem „*Belarus Democracy Act*“ auf die Unterdrückung der belarussischen Opposition und darauf, dass Alexander Lukaschenko nach einem umstrittenen Referendum das Präsidentenamt zeitlich unbegrenzt ausfüllen konnte und beendeten einen Großteil ihrer Hilfszahlungen an Belarus (Hufbauer u. a. 2007). Die EU setzte ebenfalls erste Sanktionen gegen Regierungsvertreter in Kraft. Darüber hinaus verhängten die USA gemeinsam mit der EU aufgrund der Verletzung von Wahlstandards ab 2006 Finanzsanktionen und Reisebeschränkungen gegen hohe Repräsentanten des belarussischen Regimes (Amtsblatt der Europäischen Union 2006), darunter auch gegen Präsident Lukaschenko selbst (Giumelli 2010).

Verschärft wurden die Maßnahmen nach der gewaltsamen Niederschlagung von Demonstrationen gegen die Präsidentschaftswahl Ende 2010 durch die Einführung eines Waffenembargos, Kontensperrungen sowie durch Exportverboten für Güter, die zur internen Repression genutzt werden könnten (Amtsblatt der Europäischen Union 2011). Nach der Ausweisung der Missionschefs der EU-Vertretung und Polens im Jahr 2012 wurden die Sanktionen abermals ausgeweitet, so dass von nun an die EU-Bankkonten von 243 Personen und 32 belarussischen Unternehmen gesperrt waren und 227 belarussische Beamte nicht mehr in die EU einreisen konnten (Trieb 2016: 2). Rund um die Präsidentschaftswahl 2015 kam es jedoch zu einer Annäherung. Nachdem ein Großteil der Sanktionen bereits im Oktober 2015 für vier Monate ausgesetzt worden war, hob die EU im Februar 2016 die Sanktionen weitestgehend auf. Sie begründete dies mit der Freilassung politischer Häftlinge, der Vermittlerrolle von Belarus im Ukraine-Konflikt und der verbesserten Menschenrechtslage.

1. Allgemeine Charakteristika und Beziehungen zum Westen

Überraschend sind die Gradmesser für Belarus im Hinblick auf die Offenheit für internationale Einflüsse. Das Ausmaß der Globalisierung von Belarus liegt über dem weltweiten Durchschnitt und hat sich seit 1993 kontinuierlich vergrößert (Dreher 2015). Während sich hinsichtlich der kulturellen Nähe zum Westen und der persönlichen internationalen Kontakte in den letzten 20 Jahren nur wenig geändert hat, ist der Grad der sozialen Globalisierung insgesamt deutlich angestiegen. Dieser Anstieg wird in erster Linie durch die rasant gewachsenen Informationsflüsse bedingt. Insgesamt belegt Belarus im Hinblick auf den Grad der Globalisierung den 72. Rang von 207 Ländern, hinsichtlich der sozialen Globalisierung den 66. Rang (Dreher 2015).

Die politischen und wirtschaftlichen Realitäten unter dem autoritären Lukaschenko-Regime sorgen jedoch dafür, dass sich kulturelle Einrichtungen in einem schwierigen Umfeld bewegen. Zahlreiche Themen sind tabuisiert, darunter beispielsweise die Tschernobyl-Katastrophe und deren Folgen.³⁸ Durch die staatliche Repression haben sich zwei verschiedene kulturelle Sphären ausgebildet, zum einen die staatlich geförderte Kultur, die sich in den engen, vom Regime abgesteckten Grenzen bewegt und an Formen und Methoden der Sowjetunion orientiert³⁹ und zum anderen die „freie“ Kulturszene, die unabhängig vom Staat agiert und sich stark über die belarussische Sprache definiert.

Gegenüber der unabhängigen Szene wirken strikte „reglementierende Vorgaben, Kontrollen und Auftrittsverbote (...), von denen kritisch-kreative Künstler willkürlich betroffen sind“ (Auswärtiges Amt 2016b): „Die alternative Underground-Kultur ist aufgrund ihres Ausschlusses aus dem offiziellen Kulturapparat und abseits der Aufmerksamkeit staatlich gelenkter Medien auf einen kleinen Radius beschränkt“ (Petz 2013b: 2). Die Hauptfaktoren, die den internationalen Kulturaustausch behindern, sind: Demokratische Defizite, die einen offenen Dialog unmöglich machen; exzessive staatliche Interventionen, die die künstlerische Freiheit beschränken; legislative Barrieren, die lokale Initiativen erschweren und der Mangel an gut ausgebildetem Personal mit Auslandserfahrung sowohl im Kultursektor als auch im Kulturministerium (Sandell u. a. 2013; Helly 2014).

Belarus befindet sich hinsichtlich seiner Identität weiterhin in einer Findungsphase. Dazu zählen auch der ungeklärte Status der belarussischen Sprache und was es überhaupt bedeutet, Belarussisch zu sein. Die Sprache wurde dabei lange Zeit mit der Opposition

³⁸ Interview Shparaga, 27.06.2016.

³⁹ Interview Davydych, 24.06.2016.

zum Regime assoziiert (Sandell u. a. 2013), diese klare Trennlinie zwischen der belarussischen und russischen Sprache verschwimmt in den letzten Jahren jedoch zunehmend.⁴⁰ Sprache, Religion und Geschichte sind Faktoren, die das Land einerseits auf die Seite des Westens ziehen und andererseits in Richtung der ehemaligen Sowjetrepubliken (White u. a. 2010). Allerdings hat die russische Annexion der Krim für Beunruhigung in Belarus gesorgt und es lassen sich Tendenzen erkennen, dass das Land wieder eine verstärkte Bindung zur EU sucht (Wilson 2014).

Der Westen hat aufgrund der geringen geostrategischen Relevanz von Belarus allerdings kein stark ausgeprägtes Interesse an dem Land. Innerhalb der EU unterhalten Polen, Litauen und Deutschland die intensivsten Kontakte zu Belarus (Helly 2014), während andere EU-Staaten Belarus nur wenig Aufmerksamkeit schenken (Davydchik 2013).

2. Direkte und indirekte Effekte von Sanktionen auf kulturelle Beziehungen

Weder die Sanktionen noch deren Aufhebung haben bislang zu sichtbaren Veränderungen der Politik des Lukaschenko-Regimes geführt.⁴¹ Änderungsimpulse gingen vielmehr von der mangelnden innen- und außenpolitischen Stabilität aus. Insbesondere vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise intensiviert sich das politische Tauwetter zwischen Belarus und der EU. Diese Entwicklung hat gemeinsam mit der Suche des Regimes nach einem alternativen Narrativ zum zunehmend abgenutzten Sowjetkult (Petz 2013a) zu einer etwas offeneren Position der politischen Führung geführt, die nicht nur eine zaghafte Liberalisierung im Innern anstrebt, sondern auch eine Ausweitung der Außenbeziehungen (Sender 2016).

Mittlerorganisationen und weitere Institutionen des Kulturaustauschs

Seit der Übernahme des Präsidentenamts durch Lukaschenko Mitte der 1990er Jahre mussten viele ausländische Kultureinrichtungen das Land verlassen. Zu den wenigen Ausnahmen zählen deutsche Mittlerorganisationen. Eine zentrale Position nimmt dabei seit 1993 das Goethe-Institut Minsk ein. Zur Förderung der deutschen Sprache und der kulturellen Zusammenarbeit organisiert es gemeinsam mit belarussischen Partnern eine ganze Reihe kultureller Veranstaltungen. Nach Einschätzung von Frank Baumann, dem Leiter des Goethe-Instituts Minsk, dienten die Sanktionen „eher symbolischen Zwecken“ und spielten „in der Praxis kultureller Zusammenarbeit keine Rolle“.⁴² Er registriert einen

⁴⁰ Interview Petz, 24.06.2016.

⁴¹ Interview Davydchik, 24.06.2016.

⁴² Interview Baumann, 09.06.2016.

zunehmenden wechselseitigen Austausch, der von den Sanktionen nicht belastet wurde. So haben sich laut Baumann im Rahmen von Projekten des Goethe-Instituts, „in den vergangenen fünf Jahren Hunderte, wenn nicht Tausende von jungen Leuten, Künstlern, Schriftstellern, Musikern, Kulturmanagern, Deutschlehrern und Deutschlernern“⁴³ in beide Richtungen ausgetauscht.

Eine weitere wesentliche Institution des Austauschs ist die Deutsch-Belarussische Gesellschaft (dbg), die sich für die Förderung der deutsch-belarussischen Verständigung und die Vernetzung der deutschen Belarus-Aktivitäten einsetzt. Die dbg veranstaltet das „Minsk Forum“, eine alljährliche Konferenz, bei der Politiker, Wissenschaftler und NGO-Vertreter aus Belarus, Nachbarländern, Westeuropa und den USA zusammenkommen. Im Hinblick auf den akademischen Austausch ist das DAAD-Informationszentrum Minsk von besonderer Relevanz, welches über Studien- und Forschungsmöglichkeiten in Deutschland informiert. Daneben bietet das Internationale Bildungs- und Begegnungswerk (IBB) „Johannes Rau“ in Minsk Raum für Austausch und Dialog zwischen belarussischen und deutschen Akteuren.

Deutsche (Mittler-)Organisationen sehen sich in Belarus oftmals mit dem Dilemma konfrontiert, dass sie auf der einen Seite bestrebt sind mit der alternativen Kulturszene zusammenzuarbeiten und es auf der anderen Seite vermeiden wollen vom Regime abgesteckte Grenzen zu übertreten, um ihren Status nicht zu gefährden. Die westlichen Sanktionen wirken sich dabei indirekt auf die Bereitschaft zur Unterstützung durch ausländische Geldgeber im Kultursektor aus, da sie zumindest potenziell eine abschreckende Wirkung haben können.⁴⁴ Nichtsdestotrotz gibt es weiterhin Stiftungen, die in Belarus kulturelle Projekte fördern. Einer der wichtigsten Akteure ist dabei der German Marshall Fund of the United States (GMF), eine unabhängige US-amerikanische Stiftung, die durch den „Fund for Belarus Democracy“ Kulturinitiativen unterstützt.

⁴³ Interview Baumann, 09.06.2016.

⁴⁴ Interview Davydchyk, 24.06.2016.

Wissenschafts- und Hochschulaustausch

Im Hinblick auf die Zahl der belarussischen Studierenden in Deutschland ist seit 2006/07 ein Einbruch erkennbar. Dieser Rückgang fällt zusammen mit der politischen Eiszeit und der im Jahr 2004 erfolgten Sanktionierung. Stieg die Zahl in den zehn Jahren zuvor noch deutlich an, sinkt sie seit 2006 langsam ab. Besonders interessant ist, dass dieser Rückgang vor allem mit den Studierenden zusammenhängt, die aus Belarus nach Deutschland kommen (Bildungsausländer), während die Zahl von belarussischen Bildungsinländern auch nach der Sanktionierung weiter angestiegen ist und den Rückgang der Gesamtzahlen abfedert (Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung 2015).

(Abb. 7)

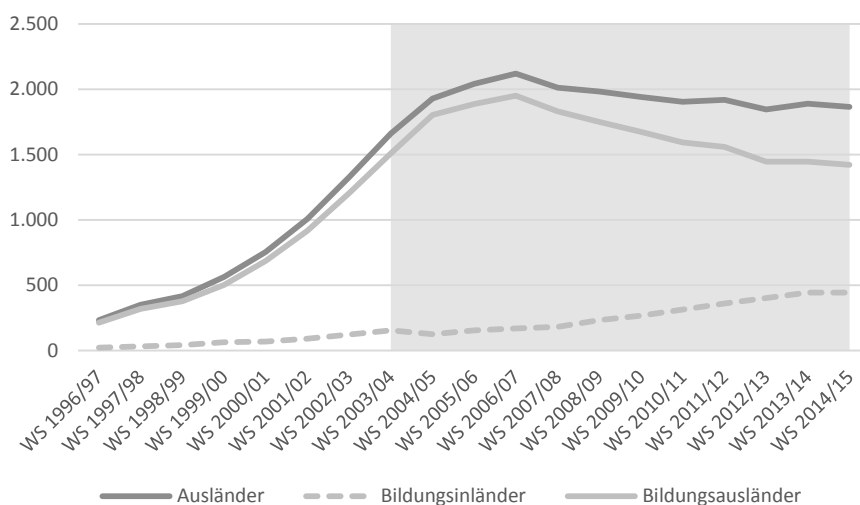


Abb. 7: Belarussische Studierende in Deutschland, WS 1996/97-WS 2014/15

Quelle: Studentenstatistik Statistisches Bundesamt; Berechnungen DZHW/www.wissenschaft-weltoffen.de.

Hinweis: Die graue Fläche stellt den Zeitraum der EU-Sanktionierung dar.

Anders als bei der Gesamtstudierendenzahl sieht es hinsichtlich der vom DAAD geförderten Studierenden aus. Anhand der DAAD-Statistik sind keine klaren Einbrüche erkennbar, vielmehr gibt es bei den geförderten belarussischen Studierenden in Deutschland seit 2010 jährliche Schwankungen nach oben und unten. Die Zahl der vom DAAD geförderten deutschen Studierenden in Belarus hingegen erreichte im Jahr 2014 einen neuen Höchststand (siehe Abb. 8).

4. Fallstudien

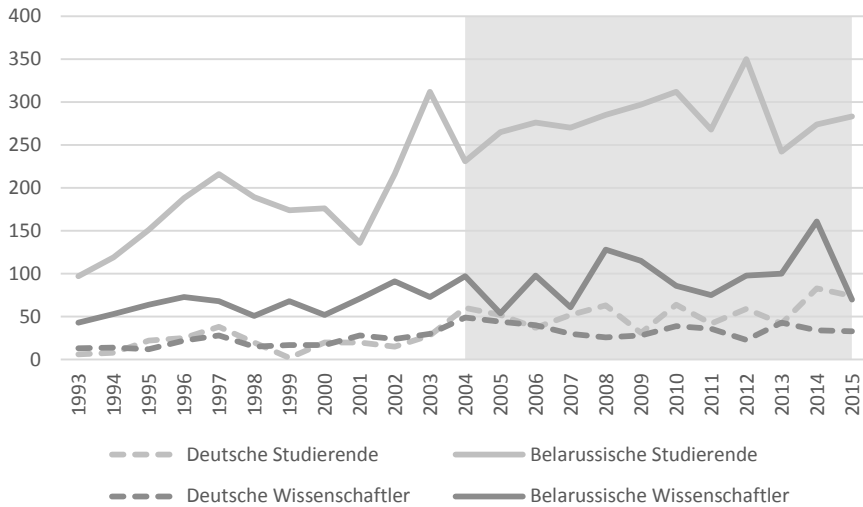


Abb. 8: Vom DAAD geförderter Studierenden- und Wissenschaftlertausch zwischen Deutschland und Belarus, 1993-2015

Quelle: DAAD-Jahresberichte 1993-2015.

Hinweis: Die graue Fläche stellt den Zeitraum der EU-Sanktionierung dar.

Die Zahlen der in dem jeweils anderen Land arbeitenden Wissenschaftler steigen trotz Sanktionierung ab 2010 an (Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung 2015). Ein positives Zeichen ist die Aufnahme von Belarus in den Europäischen Hochschulraum im Mai 2015 (Auswärtiges Amt 2016b). Dadurch ergeben sich neue Möglichkeiten des Austauschs für Studierende und Akademiker. Allerdings versuchen die Leitungen belarussischer Universitäten offenbar, die Verbreitung von Informationen über diese Programme zu unterbinden.⁴⁵

Das Regime erhebt den Anspruch auf eine umfassende Kontrolle von Bildungseinrichtungen. Ein Beispiel hierfür ist die Europäische Humanistische Universität Minsk (EHU), der im Jahr 2004 vom Bildungsministerium die Lizenz entzogen wurde. Insbesondere die internationale Vernetzung der EHU, sowie deren an westlichen Bildungsstandards orientiertes Studienangebot waren dem Ministerium ein Dorn im Auge. Nach ihrer Schließung ist die Universität mit internationaler Unterstützung nach Vilnius ins Exil übersiedelt (Auswärtiges Amt 2016b). Der Kontrollanspruch des Regimes führt im Zusammenspiel mit einer unzureichenden Finanzierung und dem Festhalten an veralteten Sowjet-Methoden zu einem wenig produktiven belarussischen Wissenschaftssystem. Auch hier

⁴⁵ Interview Shparaga, 27.06.2016.

hat man es durch die Nicht-Anerkennung von angesehenen, englischsprachigen Journals im Wissenschaftsbetrieb mit einer Art Selbst-Isolation zu tun (Preiherman 2014). Universitäten werden vom Regime in erster Linie als ideologisches Instrument gesehen. In der Vergangenheit sind viele Akademiker entlassen worden, die sich kritisch geäußert haben. Nichtsdestotrotz lassen sich auch hinsichtlich des akademischen Austauschs Liberalisierungstendenzen erkennen. So werden von kritischen, nicht-staatlichen Denkfabriken, wie beispielsweise dem „Liberalen Club“ zunehmend internationale Kontakte geschaffen (Sender 2016).

Schüler- und Jugendaustausch

Obwohl es keine gegenseitigen Auslandsschulen gibt, ist Belarus Teil der „Schulen: Partner der Zukunft“ (PASCH)-Initiative des Auswärtigen Amts, der weltweit mehr als 1800 Schulen angehören, an denen Deutsch einen besonders hohen Stellenwert hat. Neben diesen schulischen Kooperationen, wird der Austausch auch über Freiwilligenprogramme gefördert. Ein Beispiel sind Freiwilligendienste der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, die pro Jahr einigen wenigen deutschen Freiwilligen die Arbeit in verschiedenen Projekten in Belarus ermöglichen. Der Jugendaustausch wurde über viele Jahre durch die sogenannten Tschernobyl-Kinder aus Belarus geprägt. Nach der Nuklearkatastrophe sind von deutscher Seite aus zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen ins Leben gerufen worden, die die Aufnahme der Kinder in deutsche Gastfamilien organisiert haben (Sender 2016).

Literatur und Sprache

Die deutsche Sprache erfreut sich großer Beliebtheit an belarussischen Schulen. Deutsch ist nach Englisch die am häufigsten unterrichtete Fremdsprache (Stand 2015: 111.700 Deutschlernende oder 15,4 Prozent aller Schüler) (Auswärtiges Amt 2016b). Im Bereich der Literatur werden zahlreiche Projekte vom Goethe-Institut oder vom Swedish Institute, dem schwedischen Pendant, gefördert. Trotz dieser finanziellen Förderung sind dem literarischen Austausch insofern Grenzen gesetzt, als sich die belarussische Literaturszene noch stark mit Belarus-spezifischen Themen auseinandersetzt, die auf ein deutsches Publikum nur wenig Attraktivität ausstrahlen.⁴⁶

Auch im Hinblick auf die Literatur lassen sich Beispiele dafür finden, dass die belarussische Kulturszene eine Dynamik außerhalb staatlicher Kontrolle errungen hat (Sandell u. a. 2013). So werden literarische Werke durch einige unabhängige Kleinverlage publiziert, die angesichts ihrer prekären finanziellen Lage allerdings ums Überleben kämpfen

⁴⁶ Interview Petz, 24.06.2016.

müssen. Belarussische Literatur ist in Deutschland noch immer weitestgehend unbekannt und wird kaum ins Deutsche übersetzt. Das Online-Portal „Literabel“ versucht, dem mit Hilfe von Übersetzungen und Autorenportraits entgegenzuwirken. Weitere positive Anzeichen für einen Austausch im Bereich der Literatur sind die Stände der deutschen Botschaft Minsk und des Goethe-Instituts auf der Internationalen Minsker Buchmesse (Deutsche Botschaft Minsk 2016), sowie der Osteuropa-Schwerpunkt (Polen, Ukraine und Belarus) in den Jahren von 2012 bis 2014 auf der Leipziger Buchmesse.

Kunst und Musik

Die alternative Kulturszene „kann nur in relativ kleinen Freiräumen und Paralleluniversen agieren, die mal mehr, mal weniger bedrängt werden“ (Petz 2013b: 4). Regeln werden bewusst vage gehalten: „Das Regime agiert (...) mit einem extrem schwammigen Begriff des Politischen, was es den Akteuren umso schwerer macht, Risiken für ihre Arbeit kalkulieren zu können“ (Petz 2013b: 5). Diese Unklarheit erzeugt Selbstzensur – Mechanismen die nicht förderlich sind für kreative Kultur. Neben Musikern befinden sich auch Künstler, Schauspieler und Institutionen, beispielsweise das *Belarus Free Theatre*, auf schwarzen Listen des Regimes (Petz 2013b). Aufgrund der nicht vorhandenen Versammlungsfreiheit ist das Internet zum Hauptmedium der unabhängigen Kulturszene geworden (Sandell u. a. 2013, 10). Besonders einflussreiche Initiativen sind das „pARTisan“-Magazin, das Internetportal „Art Aktivist“ oder auch die „Galeria 5“ in Minsk.

Trotz der bestehenden drastischen Restriktionen lassen sich Anzeichen für eine zaghafte Liberalisierung erkennen. Mittlerweile gibt es eine ganze Reihe von Musik-, Mittelalter- und Folklore-Festivals im ganzen Land. Dazu gehört auch, dass immer mehr Kulturveranstaltungen im offiziellen Raum auf Belarussisch stattfinden. Die Emanzipation von Russland öffnet Räume, die früher tabu waren. Diese Entwicklung wird durch die Aufhebung der Sanktionen unterstützt, da Belarus dadurch wieder salonfähig in Europa geworden ist.⁴⁷

Die interviewten Experten erkennen darüber hinaus keine negativen Auswirkungen der Sanktionen auf den kulturellen Austausch zwischen Deutschland und Belarus. Vielmehr scheint es, dass die Personen, die sich in der unabhängigen Kulturszene selbst oder für den Austausch mit dieser einsetzen, ein großes Maß an Überzeugung mitbringen. Nach dieser Lesart lassen sich Kulturschaffende nicht von Sanktionen abschrecken, da sie sich angesichts der innenpolitischen Restriktionen in Belarus mit gravierenderen Proble-

⁴⁷ Interview Davydych, 24.06.2016.

men auseinandersetzen müssen.⁴⁸ Lange Zeit beschäftigten sich in Deutschland nur einige wenige Vereine mit Belarus. Neben dem Schicksal der Tschernobyl-Kinder war vor allem die Geschichtsaufarbeitung rund um den 2. Weltkrieg wichtig. Zeitgenössische Kunst spielte demgegenüber keine wichtige Rolle. Es gab nur einige wenige Projekte, darunter Rockkonzerte oder Ausstellungen zeitgenössischer Fotografie. Hier hat jedoch auf deutscher Seite ein Umdenken stattgefunden.⁴⁹ Dementsprechend gibt es mittlerweile zahlreiche Beispiele für den kulturellen Austausch zwischen Deutschland und Belarus. So ermöglichte es die Ausstellung des ifa „BY NOW – Zeitgenössische Fotografie aus Belarus“ im Frühjahr 2015 auch einem deutschen Publikum sich mit belarussischer Kunst auseinanderzusetzen. Mit dem Konzert von Ljavn Volski in Köln trat eine zentrale Figur der alternativen belarussischen Musikszene in Deutschland auf (Henkel 2013; Petz 2011b). Ebenso wenig waren Visaentscheidungen von den Sanktionen negativ betroffen. Mit kostenlosen Schengen-Visa gewährt die deutsche Botschaft finanzielle Erleichterungen für belarussische Kulturschaffende.⁵⁰

Weitere zivilgesellschaftliche Initiativen

Trotz Sanktionierung existieren hunderte deutsche Vereine und Organisationen, die humanitäre Hilfe leisten, Bildungsprojekte in Belarus initiieren oder sich der Aufarbeitung der Vergangenheit widmen (Petz 2011a). Ein weiterer Ansatzpunkt sind zwölf Städtepartnerschaften zwischen Belarus und Deutschland (Rat der Gemeinden und Regionen Europas 2016). Ungeachtet der 2006 und 2011 verhängten Sanktionen lässt sich in den letzten zehn Jahren ein Anstieg des zivilgesellschaftlichen Austauschs erkennen. Vor dem Hintergrund der politischen Isolation von Belarus waren es gerade die Kunst und Kultur, die besondere Widerstandskräfte unter Beweis gestellt haben und es überhaupt ermöglicht haben Kontakte aufzubauen.

3. Länderfazit Belarus

Im personalisierten Herrschaftssystem von Belarus übt das Lukaschenko-Regime eine umfassende Kontrolle über zivilgesellschaftliche und kulturelle Aktivitäten aus. Die eigene Logik der unabhängigen Kulturszene macht den kulturellen Austausch zwischen dieser und westlichen Partnern weitestgehend immun gegenüber etwaigen negativen Sanktionseffekten. Diejenigen Akteure, die sich für die Kultur in Belarus und den internationalen kulturellen Austausch einsetzen, sehen sich mit derart prekären Bedingungen kon-

⁴⁸ Interview Petz, 24.06.2016.

⁴⁹ Interview Davydchik, 24.06.2016.

⁵⁰ Interview Davydchik, 24.06.2016; Interview Petz, 24.06.2016.

frontiert, dass die Sanktionen als erschwerender Faktor kaum ins Gewicht fallen. Der Kulturaustausch zwischen Deutschland und Belarus gewann deshalb in den letzten Jahren ungeachtet der Sanktionen zunehmend an Zugkraft. Begünstigt wird der Austausch durch Liberalisierungstendenzen in Belarus, die sich aufgrund der Suche des Regimes nach einem neuen Narrativ als auch durch die zunehmende Emanzipation von Russland ergeben.

Dass der kulturelle Austausch dennoch noch immer mit eklatanten Problemen konfrontiert ist, liegt nicht an den Sanktionen, sondern in erster Linie an der brachliegenden belarussischen Wirtschaft, der Selbstisolation des Lukaschenko-Regimes und der ungebrochen kritischen Situation für unabhängige Kulturschaffende. Belarus ist für die EU von geringer strategischer Relevanz, die aufgewendeten Ressourcen, auch für den kulturellen und wissenschaftlichen Austausch, sind dementsprechend begrenzt. Nichtsdestotrotz sind deutsche Mittlerorganisationen als einige der wenigen in Belarus verbliebenen ausländischen Institutionen im Bereich der Kulturförderung aktiv. Die Verbesserung der Beziehungen seit 2014 und die Aufhebung der Sanktionen bieten nun die Chance, die Kontakte in Kultur und Bildung auszubauen. Angesichts dieser Aufbruchsstimmung darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass das Regime im Jahr 2010 ähnliche Liberalisierungstendenzen durch massive Repressionen schlagartig beendete, als es sich wegen Protesten gegen die Präsidentschaftswahl in Gefahr sah.

Schneller Wandel ist in Belarus angesichts der fortgesetzten Unterdrückung durch das Lukaschenko-Regime sowie der insgesamt schwach ausgebildeten, teils atomisierten und in weiten Teilen depolitisierten Zivilgesellschaft kaum möglich. Vielmehr gilt es in einem langfristigen Prozess Kulturschaffende und die Zivilgesellschaft zu stärken und letztere nicht durch voreilige Erwartungshaltungen zu überfordern. Des Weiteren sollten innovative Entwicklungen, vor allem die zunehmende Diversifizierung des Kulturaustauschs, der sich nicht mehr nur auf „Tschernobyl“ und die Geschichtsaufarbeitung fokussiert, weiter unterstützt werden. Während sich Präsident Lukaschenkos Popularität vor allem bei der älteren Generation hält, fällt diese seit Jahren bei den Jüngeren. Die folgende Generation, die nach größeren Freiheiten und Selbstbestimmung verlangt, wird das Regime mit alternativen Sichtweisen herausfordern. Dementsprechend könnte ein besonderes Gewicht auf der Förderung von Dialog- und Austauschformate für die jüngere Generation liegen.

5. Fazit

Die Sanktionsforschung hat in jüngster Zeit begonnen, die Auswirkungen internationaler Sanktionen auf politische und soziale Prozesse innerhalb der Zielländer von Sanktionen sowie deren nicht-intendierte Konsequenzen in den Blick zu nehmen (z. B. Grauvogel/von Soest 2014; Jones 2015). Jedoch haben bislang die Auswirkungen auf die Beziehungen in Kultur und Bildung und Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, der „Dritten Säule“ der auswärtigen Politik (Adam 2016), kaum eine Rolle gespielt. Insofern betritt diese Studie Neuland.

In der Analyse zeigt sich die Schwierigkeit, die Effekte von Sanktionen auf kulturelle Beziehungen kausal zu isolieren und von innenpolitischen Entwicklungen im Zielland sowie einer generellen Verschlechterung der Beziehung zwischen Sanktionssender und Zielland zu trennen. Sanktionen sind immer eingebettet in ein Gesamtgeflecht von Beziehungen zwischen Staaten und ein Mittel der Außenpolitik, das parallel zu anderen angewandt wird. Die Verminderung kultureller Beziehungen tritt in der Regel schon vor der Verhängung von Sanktionen ein (einschränkend muss hier festgehalten werden, dass im Falle von Kuba dies wegen des lange zurückliegenden Beginns der US-Sanktionierung nicht zu erfassen war, in Iran setzte die US-Sanktionierung direkt nach der Kulturrevolution im Jahr 1979 ein). Verantwortlich für die Verringerung von kulturellen Beziehungen sind damit erstens eine allgemeine Verschlechterung der Beziehungen und zweitens, oft damit zusammenhängend, innenpolitische Entwicklungen im Zielland. Die Regime in allen vier Fallstudien müssen als autoritär verfasst bezeichnet werden, oder weisen zumindest deutliche demokratische Defizite auf. In diesem Umfeld ist der Spielraum für kritisch-kreative Kultur von vornherein beschränkt und Kontakte zur Außenwelt unterliegen enger Kontrolle und begegnen einem grundsätzlichen Misstrauen. Dies gilt aus unterschiedlichen Gründen für die Fallstudien Kuba (marxistisch-leninistische Ausrichtung des Regimes), Iran (islamische Ausrichtung), Belarus (staatliche Kontrolle aller gesellschaftlichen Bereiche zur Herrschaftssicherung) und Russland (ebenfalls zunehmende Kontrolle von gesellschaftlichen Bereichen und Kontakten in den Westen zur Herrschaftssicherung), dabei jedoch besonders stark für Kuba, Belarus und Iran.

Gleichwohl sollte man die nicht-intendierte Wirkung von Sanktionen auf kulturelle Beziehungen nicht unterschätzen. In der Verhängung von Sanktionen manifestiert sich eine fundamentale Verschlechterung der Beziehungen. Sie sind dabei mit ihren materiellen Folgen und ihrer Signalwirkung sowohl Ausdruck als auch treibende Kraft. Sanktionen führen zu einer Polarisierung und damit zu einer neuen Art der Beziehungen, auch im kulturellen Bereich. Da die heutzutage üblichen zielgerichteten Sanktionen („*smart*

sanctions“) explizit nicht auf kulturelle Beziehungen fokussieren und auch nicht eine umfassende Isolierung des Landes zum Ziel haben, sind die Wirkungen auf kulturelle Beziehungen als unbeabsichtigte Effekte anzusehen. Diese kulturellen Folgewirkungen werden oft nicht bedacht.

Sie zeigen sich in verschiedener Weise: Erstens sind teilweise individuelle Folgen für Kulturschaffende beobachtbar. So war es für kubanische Künstler nach der Verhängung von – lediglich diplomatischen – EU-Sanktionen schwieriger, nach Europa zu reisen; die umfassenden Finanzsanktionen gegen Iran erschwerten Honorarzahlungen für iranische Künstler. Auf der anderen Seite finden sich Beispiele, dass westliche Botschaften wie in Belarus versuchen, mit der eigenen Visavergabe den Kulturaustausch zu unterstützen. Bei den Dialog- und Austauschprogrammen fällt es schwer, einen eigenständigen Effekt der Sanktionen zu identifizieren. Während die Förderung des Studierenden- und Wissenschaftsaustauschs in der Regel – auf niedrigem Niveau – weiterläuft, ist die Sichtbarkeit und die Vertretung der entsprechenden Organisationen oft eingeschränkt. Dies betrifft vor allem Kuba und Iran, wobei diese Beschränkung gerade in Iran schon vor der Sanktionierung durch die EU und damit auch durch Deutschland einsetzt. Auffällig ist zudem, dass in den Fallstudien weniger politisch konnotierte Themen geringeren Beschränkungen – als Beispiel seien die verschiedenen gemeinsamen Museumsausstellungen und Kulturjahre mit Russland genannt – unterliegen. Wiederholt äußerten die interviewten Experten auch, dass man es mit „klassischen“ Themen, die einem engen Kulturverständnis folgen, leichter habe. Hier sollten Entscheidungsträger stets im Blick behalten, nicht nur mit staatlichen Stellen zu kooperieren, sondern gerade auch – so weit möglich und trotz der vorhandenen Schwierigkeiten – unabhängige Kulturschaffende, wie beispielsweise die alternative Kulturszene in Belarus zu stärken.

Zweitens entfalten Sanktionen eine mentale Wirkung. Kulturakteure können sie als Zäsur und Zeichen, dass die EU und/oder Deutschland „die Tür zumacht“, wahrnehmen, so wurden beispielsweise in Russland und Kuba viele Bürger enttäuscht und Kulturschaffende durch Sanktionen entmutigt.

Drittens folgen aus der Sanktionierung oftmals ein konfrontatives Klima, auch hinsichtlich der kulturellen Zusammenarbeit, und ein zunehmendes Ihr-Wir-Denken, welches die kulturelle Kooperation erschwert. Viertens ist die Zusammenarbeit mit ausländischen Kulturschaffenden und Institutionen weniger opportun. In der Folge kommt es zu einer zunehmenden Unterscheidung zwischen dem Auftreten als Privatperson und als öffentliche, in institutionellen Zusammenhängen eingebundene Person. Künstler und

Wissenschaftler achten stärker darauf, wie sie öffentlich auftreten. Zudem haben die Sanktionen hier auch direkte materielle Effekte, wie z. B. in Russland, wo Visaverhandlungen, die einen Austausch erleichtern würden, ausgesetzt wurden. Schließlich nutzen die Regierungen in allen vier Fallstudien Sanktionen als zentrale Legitimierungsstrategie und als Propagandamittel. Sanktionen erleichtern damit auch das Ausschalten von unliebsamen zivilgesellschaftlichen und kulturellen Aktivitäten.

Allerdings setzen Sanktionen gleichzeitig durchaus auch positive Kräfte auf beiden Seiten frei. Zu nennen sind hier verstärkte Bemühungen und Reisetätigkeiten von Kulturschaffenden und Wissenschaftlern, extra aufgelegte Förderprogramme und Austauschjahre wie beispielsweise in Russland oder die Erhöhung der Finanzmittel für Studierendenaustausch mit Iran, um es eben gerade in Zeiten der Sanktionierung nicht zu einer Verschlechterung der kulturellen Beziehungen kommen zu lassen.

Auffällig ist zudem, dass die Zielländer durchaus zwischen verschiedenen Sanktionsendern aus dem Westen unterscheiden. Obwohl es nicht Schwerpunkt dieser Analyse war, zeigte sich in der Arbeit an den Fallstudien deutlich, dass vor allem die USA als Antipode gesehen werden. Deutschland wird trotz der Sanktionierung besonders in Russland und Iran, zu einem gewissen Teil auch in Kuba und Belarus als besonderer Bezugspartner bewertet, während sich die kulturellen Beziehungen zu den USA oftmals im freien Fall befinden.

Die aus der Analyse folgende Hauptempfehlung dieser Studie ist, dass der „*shrinking space*“, also die Verminderung des Raumes für Kulturakteure, und die Verhärtung der Positionen angesichts einer Sanktionierung von außen auch für den Bereich der kulturellen Kooperation immer mitgedacht werden müssen. Als deutliches Signal von außen können auch zielgerichtete Sanktionen weitere, nicht-intendierte Folgen haben. Das heißt zum einen, dass bei jeder Sanktionierung klar kommuniziert werden sollte, „es geht nicht darum, was ihr seid, sondern was ihr tut“. Zum anderen sollte eine gleichzeitige, verstärkte Unterstützung für Beziehungen in Kultur und Wissenschaft Teil eines jeden Sanktionspakets sein.

Literaturverzeichnis

Adam, Jens (2016): Zwischen Selbstdarstellung und „Arbeit an der Weltvernunft“: Wohin treibt die deutsche Auswärtige Kulturpolitik?, abrufbar unter: <http://www.bpb.de/apuz/227649/wohin-treibt-die-deutsche-auswaertige-kulturpolitik?p=all> [18.5.2016].

Amtsblatt der Europäischen Union (2006): Verordnung (EG) Nr. 765/2006 des Rates vom 18. Mai 2006 über restriktive Maßnahmen gegen Präsident Lukaschenko und verschiedene belarussische Amtsträger, abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32006R0765&qid=1466587483364&from=en> [22.6.2016].

Amtsblatt der Europäischen Union (2011): Beschluss 2011/357/GASP des Rates vom 20. Juni 2011 zur Änderung des Beschlusses 2010/639/GASP über restriktive Maßnahmen gegen einzelne belarussische Amtsträger, abrufbar unter: http://www.ausfuhrkontrolle.info/ausfuhrkontrolle/de/embargos/belarus/gasp/be2011_357.pdf [15.6.2016].

Ashford, Emma (2016): Not-So-Smart Sanctions: The Failure of Western Restrictions Against Russia. In: Foreign Affairs 95, abrufbar unter: <https://www.foreignaffairs.com/articles/russian-federation/2015-12-14/not-so-smart-sanctions> [10.1.2016].

Auswärtiges Amt (2015a): Außenminister Steinmeier besucht erstmals Kuba, abrufbar unter: http://www.auswaertiges-amt.de/nn_582140/sid_88EF066A9DD5FC7946D633B0CDECFE/DE/Aussenpolitik/Laender/Aktuelle_Artikel/Kuba/150707_BM_besucht_Kuba.html [26.6.2016].

Auswärtiges Amt (2015b): Gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit zwischen der Regierung der Republik Kuba und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, abrufbar unter: http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/710654/publicationFile/207396/2015_07_16_Bilaterale_Erklärung.pdf [26.6.2016].

Auswärtiges Amt (2016a): Beziehungen zwischen Kuba und Deutschland, abrufbar unter: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Kuba/Bilateral_node.html [26.6.2016].

Auswärtiges Amt (2016b): Länderinformationen Belarus. Kultur und Bildung, abrufbar unter: <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Belarus/Kultur-Bildung.html> [15.6.2016].

Berlin Ausstellungen (2015): Roberto Diago: Tracing Ashes. In: Berlin.de, abrufbar unter: <http://www.berlin.de/ausstellungen/archiv/4222748-3238788-roberto-diago-tracing-ashes.html> [27.6.2016].

Borszik, Oliver/Ebert, Christian (2013): Sanktionen und eine schwierige Wirtschaftslage: Irans Einlenken im Nuklearkonflikt. In: GIGA Focus Nahost.

Boutsiko, Anastassia (2016): Cranach ohne Grenzen: „Die Cranach-Familie zwischen Renaissance und Manierismus“ in Moskau. In: DW.COM, abrufbar unter: <http://www.dw.com/de/cranach-ohne-grenzen-die-cranach-familie-zwischen-renaissance-und-manierismus-in-moskau/a-19089254> [12.5.2016].

Bundesverwaltungsamt (2016): Deutsche Botschaftsschule Teheran, abrufbar unter: http://www.bva.bund.de/DE/Organisation/Abteilungen/Abteilung_ZfA/Auslandsschularbeit/Auslandsschulverzeichnis/WeltkarteDerSchulen/Datenbank/Auslandsschule_Detailansicht.html?school=18411 [21.6.2016].

Cortright, David/Lopez, George A. (2000): The sanctions decade: assessing UN strategies in the 1990s, Boulder, CO: Lynne Rienner Publishers.

Cortright, David/Lopez, George A. (2002): Smart Sanctions: Targeting Economic Statecraft, Lanham, MD: Rowman and Littlefield.

Council of the European Union (2004): Basic Principles on the Use of Restrictive Measures (Sanctions), Brussels: Council of the European Union.

Crawford, Neta C./Klotz, Audie (1999): How Sanctions Work: Lessons from South Africa, New York, NY: St. Martin's.

DAAD (2010): DAAD Jahresbericht 2009, Bonn: Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD), abrufbar unter: <https://www.daad.de/medien/daad-jahresbericht-2009.pdf> [23.6.2016].

DAAD (2014a): DAAD Jahresbericht 2013, Bonn: Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD), abrufbar unter: <https://www.daad.de/medien/daad-jahresbericht-2013.pdf> [23.6.2016].

DAAD (2014b): Erste deutsch-russische Universität gegründet. In: Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD), abrufbar unter:

<https://www.daad.de/presse/pressemittelungen/de/31319-erste-deutsch-russische-universitaet-gegruendet/> [30.6.2016].

DAAD (2015): DAAD Jahresbericht 2014, Bonn: Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD), abrufbar unter: https://www.daad.de/medien/jahresbericht_2014.pdf [23.6.2016].

DAAD (2016): Datensatz Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD), zur Verfügung gestellt für diese ifa-Studie, Bonn: Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD).

Davydchyk, Maria (2013): Die EU muss in Belarus stärker auf die Gesellschaft zugehen. In: DGAP e.V., abrufbar unter: <https://dgap.org/de/think-tank/publikationen/fuenf-fragen/die-eu-muss-belarus-staerker-auf-die-gesellschaft-zugehen> [26.6.2016].

Deutsche Botschaft Minsk (2016): Deutschland auf der 23. Internationalen Minsker Buchmesse, abrufbar unter:

http://www.minsk.diplo.de/Vertretung/minsk/de/___pr/2016/PM_20Nr_201_20vom_2008.02.2016__de.html?archive=2667862 [16.6.2016].

Deutsche Welle (2010): Evaluationsbericht 2010, Bonn: Deutsche Welle, abrufbar unter:

<http://www.dw.com/popups/pdf/27759306/evaluationsbericht-2007-bis-2009>.

Deutsche Welle (2013): Evaluationsbericht 2013, Bonn: Deutsche Welle, abrufbar unter:

<https://issuu.com/deutsche-welle/docs/evaluationsbericht-2010-2013> [16.6.2016].

Deutsche Welle (2016): Streit um ein Goethe-Institut: Scheitert das deutsch-kubanische Kulturabkommen?, Bonn: Deutsche Welle, abrufbar unter: <http://www.dw.com/de/streit-um-ein-goethe-institut-scheitert-das-deutsch-kubanische-kulturabkommen/a-19523033> [8.9.2016].

Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (2015): Studentenstatistik Statistisches Bundesamt; Berechnungen DZHW/www.wissenschaft-weltoffen.de.

Doxey, Margaret P. (1996): International Sanctions in Contemporary Perspective 2nd Revised edition., Palgrave Macmillan.

Dreher, Axel (2015): KOF Index of Globalization. In: KOF ETH Zurich, abrufbar unter:

<http://globalization.kof.ethz.ch/> [29.1.2016].

Drezner, Daniel W. (2011): Sanctions Sometimes Smart: Targeted Sanctions in Theory and Practice. In: *International Studies Review* 13, 96–108.

Esfandiary, Dina/Fitzpatrick, Mark, 2011: Sanctions on Iran: Defining and Enabling 'Success'. In: *Survival* 53, 143–156.

Europäischer Rat (2016): Restriktive Maßnahmen der EU gegen Iran, abrufbar unter: <http://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/iran/> [7.6.2016].

Europäischer Rat und Rat der Europäischen Union (2016): Restriktive Maßnahmen der EU als Reaktion auf die Krise in der Ukraine, abrufbar unter: <http://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/ukraine-crisis/> [10.6.2016].

European External Action Service (2016): EU-Cuba relations enter „historic“ new era with landmark agreement. In: European Union External Action Service, abrufbar unter: http://eeas.europa.eu/top_stories/2016/110316_hrvp-in-cuba_en.htm [26.6.2016].

Fathollah-Nejad, Ali (2016): Nach dem Atomdeal auch kulturelle Annäherung mit Iran? Interview mit Dr. Ali Fathollah-Nejad. In: Institut für Auslandsbeziehungen e.V., abrufbar unter: <http://www.ifa.de/kultur-und-aussenpolitik/forschung-und-dialog/forschungsprogramm/interview-mit-fathollah-nejad.html> [7.6.2016].

Fedorova, Tatiana/Kochelyaeva, Nina (2013): Country Profile - Russian Federation, Council of Europe/ERICarts, abrufbar unter: http://www.culturalpolicies.net/down/russia_022013.pdf [20.6.2016].

Freedom House (2016a): Cuba Country Report. In: Freedom House, abrufbar unter: <https://freedomhouse.org/country/cuba> [26.6.2016].

Freedom House (2016b): Russia Country Report: Freedom of the Press, abrufbar unter: <https://freedomhouse.org/report/freedom-press/2016/russia>, letzter Zugriff am 10.6.2016.

Galtung, Johan (1967): On the Effects of International Economic Sanctions: With Examples from the Case of Rhodesia. In: *World Politics* 19, 378–416.

Germany Trade and Invest (2016): Russland-Sanktionen aktuell, abrufbar unter: <http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/Maerkte/Dossiers/russland-sanktionen.html> [10.6.2016].

Giumelli, Francesco (2010): New Analytical Categories for Assessing EU Sanctions. In: *The International Spectator* 45, 131–144.

Giumelli, Francesco (2011): *Coercing, Constraining and Signalling: Explaining and Understanding International Sanctions After the End of the Cold War.*, Colchester: European Consortium for Political Research (ECPR).

Globert, Yvonne (2009): *Schulbildung im Iran: Das Leben der anderen.* In: *Frankfurter Rundschau*, abrufbar unter: <http://www.fr-online.de/wissenschaft/schulbildung-im-iran-das-leben-der-anderen,1472788,3167542.html> [7.6.2016].

Goethe-Institut (2013): *Jahrbuch 2012/2013*, München: Goethe-Institut, abrufbar unter: https://www.goethe.de/resources/files/pdf26/Jahrbuch_2012_13neu1_Deckblatt_einzeln.pdf.

Goethe-Institut (2016a): *Datensatz Goethe-Institut*, München.

Goethe-Institut (2016b): *Jahrbuch 2015/2016*, München: Goethe-Institut, abrufbar unter: https://www.goethe.de/resources/files/pdf85/Jahrbuch_2015-2016_PW_high.pdf.

Goethe-Institut (2016c): *Netzwerk des Goethe-Instituts in Belarus, Iran, Kuba, Russische Föderation.*

Goethe-Institut (2016d): *Opernfreunde: Wagner erobert Kuba.* In: Goethe-Institut, abrufbar unter: <https://www.goethe.de/de/uun/akt/20723898.html> [30.6.2016].

Goethe-Institut (2016e): *Sprachkursteilnehmerstatistik ausgewählter Goethe-Institute.*

Gorzka, Gabriele/Piotrowski, Ekaterina (2016): *Knowledge Transfer between Germany and Russia: Drivers, Instruments and Impact*, Kassel: Kassel University Press.

Grauvogel, Julia/von Soest, Christian (2014): *Claims to legitimacy count: Why sanctions fail to instigate democratisation in authoritarian regimes.* In: *European Journal of Political Research* 53, 635–653.

Hare, Paul (2008): *The Odd Couple: The EU and Cuba 1996-2008.* In: Brookings Institution, abrufbar unter: <http://www.brookings.edu/research/papers/2008/09/cuba-hare> [26.6.2016].

Helly, Damien (2014): *Belarus Context Note, Preparatory Action on Culture in the EU's External Relations*, abrufbar unter: <http://cultureinexternalrelations.eu/wp-content/uploads/2013/05/FINAL-Belarus-10.09.2014.pdf>.

Henkel, Sarah (2013): With Love from Belarus! Der belarussische Musiker Ljapon Volski tritt erstmals in Köln auf. In: Minsk Club Bonn, abrufbar unter: <http://minskclub-bonn.de/with-love-from-belarus-der-belarussische-musiker-ljapon-volski-tritt-erstmal-in-koeln-auf> [22.6.2016].

Hochschulkompass (2016): Auslandskooperationen mit Kuba. In: Hochschulkompass, abrufbar unter: <http://www.hochschulkompass.de/auslandskooperationen/kooperationen-nachstaaten.html> [27.6.2016].

Hoffmann, Bert (2016): Wandel und Annäherung. Perspektiven deutsch-kubanischer Beziehungen in Kultur und Bildung, Stuttgart: Institut für Auslandsbeziehungen (ifa).

Hufbauer, Gary Clyde/Schott, Jeffrey J./Elliott, Kimberley Ann/Oegg, Barbara (2007): Economic Sanctions Reconsidered 3rd edition., Washington, DC: Peterson Institute of International Economics.

Institute of International Education (2016): Open Doors Data: International Students - All Places of Origin, abrufbar unter: <http://www.iie.org/en/Research-and-Publications/Open-Doors/Data/International-Students/All-Places-of-Origin#.V2pTc2iLRhE> [22.6.2016].

International Crisis Group (2013): Spider Web: The Making and Unmaking of Iran Sanctions, Brussels: International Crisis Group, abrufbar unter: <http://www.crisisgroup.org/~/media/Files/Middle%20East%20North%20Africa/Iran%20Gulf/Iran/138-spider-web-the-making-and-unmaking-of-iran-sanctions.pdf>.

Jones, Lee (2015): Societies Under Siege: Exploring How International Economic Sanctions (Do Not) Work, Oxford: Oxford University Press.

Khajepour, Bijan/Marashi, Reza/Parsi, Trita (2013): The Impact of Sanctions on Tehran's Nuclear Calculations, National Iranian American Council.

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.) (2014): Iran-Reader 2014: Beiträge zum deutsch-iranischen Kulturdialog, Sankt Augustin Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

Körber-Stiftung (2015): Körber Dialogue Middle East, abrufbar unter: <http://www.koerberstiftung.de/internationale-politik/koerber-dialogue-middle-east/sitzungen.html> [21.6.2016].

Kunsthalle Rostock (2016): Kuba Libre: Zeitgenössische Positionen. In: Kunsthalle Rostock, abrufbar unter: <http://www.kunsthallerostock.de/2016/kuba-libre/> [27.6.2016].

Lackmann, Thomas (2016): Drushba, Berlin. Trotz politischer Eiszeit läuft der Austausch mit Moskau – wenn auch mit Hindernissen. In: Tagesspiegel, abrufbar unter:

<http://www.pressreader.com/germany/der-tagesspiegel/20160606/281676844173602>
[6.6.2016].

Levitsky, Steven/Way, Lucan A. (2010): Competitive Authoritarianism: Hybrid Regimes After the Cold War, Cambridge: Cambridge University Press.

Libman, Alexander (2015): Vorseilender Gehorsam: Sozialwissenschaften unter Druck. In: Osteuropa 65, 119–124.

Litprom (2016): Übersetzungsförderung arabische Welt, abrufbar unter:

<http://www.litprom.de/service/uebersetzungsfoerderung/geofoerderte-titel-arabische-welt.html> [21.6.2016].

Lohse, Peggy (2016): Keine Krise – manchmal eine Zwickmühle. In: Moskauer Deutsche Zeitung, abrufbar unter: <http://www.mdz-moskau.eu/dfg2016/> [18.6.2016].

Ludwig, Marc-André (2016): Kuba lehnt Goethe-Institut in Havanna ab, in: amerika21, abrufbar unter: <https://amerika21.de/2016/09/159575/kuba-ablehnung-goethe-institut> [8.9.2016].

Maaß, Kurt-Jürgen (Hrsg.) (2015): Kultur und Außenpolitik: Handbuch für Wissenschaft und Praxis 3. Auflage, Baden-Baden: Nomos.

Maloney, Suzanne/Takeyh, Ray (2011): The Self-Limiting Success of Iran Sanctions. In: The Brookings Institution, abrufbar unter:

<http://www.brookings.edu/research/articles/2011/11/iran-sanctions-maloney-takeyh>
[7.2.2013].

Melle, Stefan (2015): Tätigkeitsbericht für die Jahre 2012, 2013 und 2014, Berlin: Deutsch-Russischer Austausch e.V., abrufbar unter:

<https://www.austausch.org/files/DRA/Geschaeftsberichte/Taetigkeitsbericht.2012-2014-2015.08.07.pdf> [19.6.2016].

Mittelstraß, Bettina (2016): Deutsch-kubanischer Aufbruch. In: Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD), abrufbar unter: <https://www.daad.de/der-daad/daad-aktuell/de/41424-deutsch-kubanischer-aufbruch/> [27.6.2016].

Muñoz Lima, Rosa/Campos, Violeta (2012): Deutschland auf der Buchmesse Havanna. In: Deutsche Welle, abrufbar unter: <http://www.dw.com/de/deutschland-auf-der-buchmesse-havanna/a-15726812> [27.6.2016].

O'Sullivan, Meghan L. (2010): Iran and the Great Sanctions Debate. In: The Washington Quarterly 33, 7–21.

Pape, Robert A. (1997): Why Economic Sanctions Do Not Work. In: International Security 22, 90–136.

Pape, Robert A. (1998): Why Economic Sanctions Still Do Not Work. In: International Security 23, 66–77.

Peksen, Dursun (2009): Better or Worse? The Effect of Economic Sanctions on Human Rights. In: Journal of Peace Research 46, 59–77.

Petersburger Dialog (2015): 2014: Kein „großer“, aber viele kleine Dialoge - Berichte aus den Arbeitsgruppen und Jugendforen des Petersburger Dialogs, abrufbar unter: <http://www.petersburger-dialog.de/petersburger-dialog-2014> [10.6.2016].

Petz, Ingo (2011a): Belarus? Uns doch egal! Eine Polemik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 24–26, abrufbar unter: <http://www.bpb.de/apuz/33255/belarus-uns-doch-egal-eine-polemik?p=all> [15.6.2016].

Petz, Ingo (2011b): Ohne Angst und Paranoia. Der weißrussische Rockmusiker Ljawn Volski. In: Deutschlandfunk, abrufbar unter: http://www.deutschlandfunk.de/ohne-angst-und-paranoia.807.de.html?dram:article_id=121120 [22.6.2016].

Petz, Ingo (2013a): Alle Macht dem Präsidenten!. In: Internationale Politik 5, 80–87.

Petz, Ingo (2013b): Paranoia und Pragmatismus. Die belarussische Alternativkultur nach 2010. In: , 2–6.

Philipp, Peter (2010): Deutsch-iranischer Theaterraustausch: Ein Toter kann nicht zensiert werden. In: Qantara, abrufbar unter: <https://de.qantara.de/inhalt/deutsch-iranischer-theaterraustausch-ein-toter-kann-nicht-zensiert-werden> [7.6.2016].

Portela, Clara/von Soest, Christian (2012): GIGA Sanctions Dataset Codebook. Version 18 June 2012, Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies.

Preiherman, Yauheni (2014): Belarusian Science: Gerontocratic, Isolated, and Unproductive. In: Belarus Digest: News and analytics on Belarusian politics, economy, human rights and more., abrufbar unter: <http://belarusdigest.com/story/belarusian-science-gerontocratic-isolated-and-unproductive-17571> [23.6.2016].

Rat der Gemeinden und Regionen Europas (2016): Datenbank der kommunalen Partnerschaften, abrufbar unter: <http://www.rgre.de/partnerschaften.html> [21.6.2016].

Renwick, Danielle/Lee, Brianna/McBride, James (2016): U.S.-Cuba Relations. In: Council on Foreign Relations, abrufbar unter: <http://www.cfr.org/cuba/us-cuba-relations/p11113> [26.6.2016].

Reporter ohne Grenzen (2014): Iran, abrufbar unter: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/iran/> [7.6.2016].

Reporter ohne Grenzen (2016): Kuba Länderbericht. In: Reporter ohne Grenzen, abrufbar unter: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/kuba/> [26.6.2016].

Rieff, David (2003): Were Sanctions Right?. In: The New York Times, abrufbar unter: <http://www.nytimes.com/2003/07/27/magazine/were-sanctions-right.html> [28.11.2015].

Samore, Gary (2015): Sanctions Against Iran: A Guide to Targets, Terms, and Timetables, Cambridge, MA: Belfer Center for Science and International Affairs, Harvard Kennedy School.

Sandell, Terry/Klip, Olga/Gloor, Luciano/Biletska, Tetiana (2013): Eastern Partnership Culture Programme Regional Monitoring and Capacity Building Unit (RMCBU), Regional Monitoring and Capacity Building Unit of the Eastern Partnership Culture Programme.

Schubert, Klaus/Klein, Martina (2016): Das Politiklexikon 6. Auflage., Bonn: Diez/Bundeszentrale für politische Bildung, abrufbar unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/> [30.6.2016].

Sender, Wolfgang (2016): Eine neue Chance für die Zivilgesellschaft in Belarus. In: The Huffington Post, abrufbar unter: http://www.huffingtonpost.de/wolfgang-sender/belarus-neue-chance-fur-zivilgesellschaft_b_9199660.html [23.6.2016].

Shahabi, Mehrnaz (2012): The Impact of Sanctions on Iranian Society and Artists. In: Fair Observer, abrufbar unter:

http://www.fairobserver.com/region/middle_east_north_africa/impact-sanctions-iranian-society-and-artists/, letzter Zugriff am 22.6.2016.

Shear, Michael D./Kang, Cecilia (2009): Obama Lifts Broad Set Of Sanctions Against Cuba. In: The Washington Post, abrufbar unter: <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2009/04/13/AR2009041302965.html> [19.8.2016].

Siebert, David (2014): Kunst füllt im Iran eine Leerstelle. In: Qantara, abrufbar unter: <http://de.qantara.de/inhalt/interview-mit-dem-iranischen-theaterregisseur-amir-reza-kohestani-kunst-fuellt-im-iran-eine> [8.6.2016].

Siegert, Jens (2015): Endspiel für unabhängige NGOs in Russland. In: Russland-Blog, abrufbar unter: <http://russland.boellblog.org/2015/07/26/endspiel-fuer-unabhaengige-ngos-in-russland/> [30.5.2016].

Smits, Yolanda (2014): Russia Country Report, Preparatory Action on Culture in the EU's External Relations, abrufbar unter: <http://cultureinexternalrelations.eu/wp-content/uploads/2013/05/country-report-Russia-26.02.2014-bis.pdf>.

von Soest, Christian/Wahman, Michael (2015): Are democratic sanctions really counterproductive?. In: Democratization 22, 957–980.

Spal, Sonja (2015): Exzellenz verbindet – zur Tätigkeit der Alexander von Humboldt-Stiftung im Iran. Ein Beitrag anlässlich des 6. Hafis-Dialog 2015 in Weimar, abrufbar unter: http://www.kas.de/upload/dokumente/2015/10/151008_Spal.pdf.

Steinmeier, Frank-Walter (2016): Rede von Außenminister Frank-Walter Steinmeier beim Deutsch-Russischen Forum / Potsdamer Begegnungen. In: Auswärtiges Amt, abrufbar unter: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2016/160530_BM_DEU_RUS_Forum.html [7.6.2016].

Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch (2016): Deutsch-Russisches Jahr des Jugendaustauschs verkündet. Zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit schafft Vertrauen, abrufbar unter: <https://www.stiftung-drja.de/de/aktuelles/neuigkeiten/meldungen/2016/3/jahr-des-jugendaustauschs-verkundet.html> [10.6.2016].

SWR (2016): Zeitgenössische kubanische Kunst: „Cuba Libre“ im Ludwig Museum in Koblenz. In: SWR, abrufbar unter: <http://www.swr.de/kunscht/cuba-libre-ludwig-museum-koblenz/-/id=12539036/did=17050942/nid=12539036/1gqrzru/index.html> [27.6.2016].

Tostensen, Arne/Bull, Beate (2002): Are smart sanctions feasible?. In: *World Politics* 54, 373–403.

Trieb, Aron, 2016: Die Entwicklung der Beziehung zwischen Belarus und der EU. In: *Belarus-Analysen* 5, abrufbar unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/pdf/BelarusAnalysen26.pdf> [17.5.2016].

Wallendorf, Claudia (2014): Das Bildungsniveau ist exzellent. In: DAAD, abrufbar unter: <https://www.daad.de/der-daad/daad-aktuell/de/30151-das-bildungsniveau-ist-exzellent/> [7.6.2016].

Wallensteen, Peter/Staibano, Carina (Hrsg.) (2005): *International Sanctions: Between Wars and Words in the Global System*, Abingdon: Routledge.

White, Stephen/McAllister, Ian/Feklyunina, Valentina (2010): Belarus, Ukraine and Russia: East or West?. In: *The British Journal of Politics & International Relations* 12, 344–367.

Wilson, Andrew (2014): Belarus Wants Out. In: *Foreign Affairs*, abrufbar unter: http://www.foreignaffairs.com/articles/141048/andrew-wilson/belarus-wants-out?sp_mid=45478165&sp_rid=c29lc3RAZ2lnYS1oYW1idXJnLmRlSO [6.4.2014].

Wood, Reed M. (2008): “A Hand upon the Throat of the Nation”: Economic Sanctions and State Repression, 1976–2001. In: *International Studies Quarterly* 52, 489–513.

Interviewverzeichnis

Iran

- Prof. Dr. Katajun Amirpur; Professorin an der Akademie der Weltreligionen der Universität Hamburg, Telefon-Interview, 23.05.2016
- Till Brecker; Geschäftsführer Kunstverlag Galerie Till Breckner, E-Mail-Interview, 06.06.2016
- Fatima Chahin-Dörflinger; Vorsitzende des Freundeskreis Freiburg-Isfahan e.V., Telefon-Interview, 23.05.2016
- Michael Dreyer; Künstlerischer Leiter des Morgenland Festival Osnabrück, Telefon-Interview, 18.05.2016
- Otto Graf; Leiter der Kulturabteilung der deutschen Botschaft Teheran 2011-2015, E-Mail-Interview, 02.06.2016
- Justus Kemper; Leiter der Kulturabteilung der deutschen Botschaft Teheran, Telefon-Interview, 04.05.2016
- Alireza Labeshka; Kurator des KAAF Instituts Teheran, Alumni des Berliner RAVE Künstlerprogramms, Transkript, Podiumsdiskussion der Hertie School of Governance und des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa) „*The Effects of Sanctions on Cultural Relations*“, Hertie School of Governance, Berlin, 31.05.2016
- Dennis Schroeder; Leiter DAAD-Informationszentrum Teheran, Telefon-Interview, 10.05.2016

Kuba

- Wilfredo Benitez; Executive Director der Peter und Irene Ludwig Stiftung Kuba, E-Mail-Interview, 29.05.2016
- Paulo Carvalho; Künstlerischer Leiter des Cine Latino Festivals Tübingen, Telefon-Interview, 02.06.2016
- Ulrike Dorf Müller; DAAD Lektorin in Havanna, Telefon-Interview, 24.06.2016
- Silvia Gruss; Projektkoordinatorin der Sommerschule zwischen der Humboldt Universität und der Universität Havanna, Telefon-Interview, 19.05.2016
- Prof. Dr. Bert Hoffmann; Senior Research Fellow und Kuba-Experte am GIGA, Interview, 13.05.2016
- Demian, Regehr; Leiter der Hanns-Seidel-Stiftung El Salvador, Telefon-Interview, 01.06.2016
- Dr. Petra Röhler; Koordinatorin (Programm und Bildungskooperation), Kulturabteilung, deutsche Botschaft Havanna, E-Mail-Interview, 28.06.2016
- Andreas Schiekofers; Kulturreferent der deutschen Botschaft Havanna und Vertreter des Goethe-Instituts in Kuba, E-Mail-Interview, 28.06.2016

Russland

- Prof. Dr. Nina Y. Belyaeva; akademische Direktorin des internationalen Master-Programms „Public Policy and Human Rights“ an der National Research University Higher School of Economics in Moskau, E-Mail-Interview, 10.05.2016
- Dr. Rüdiger Bolz; Leiter des Goethe-Instituts Moskau sowie Leiter der Region Osteuropa/Zentralasien, Telefon-Interview, 25.05.2016
- Benedikt Brisch; Leiter der Personenförderung Nord des DAAD, Telefon-Interview, 27.05.2016
- Dr. Stefan Meister; Programmleiter für Russland, Osteuropa und Zentralasien am Robert Bosch-Zentrum für Mittel- und Osteuropa der DGAP, Telefon-Interview, 11.05.2016
- Dr. Jörg Morré; Leiter des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst, Telefon-Interview, 10.05.2016
- Prof. Dr. Heiko Pleines; Leiter der Abteilung Politik und Wirtschaft der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, E-Mail-Interview, 04.05.2016
- Ute Weinmann; Landesbeauftragte für Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. in Russland und freie Journalistin, E-Mail-Interview, 16.05.2016
- Dr. Uta Julia Wildfeuer; Repräsentantin des Arbeitskreises gemeinnütziger Jugendaustauschorganisationen (AJA), Telefon-Interview, 07.06.2016

Belarus

- Frank Baumann; Leiter des Goethe-Instituts Minsk, E-Mail-Interview, 09.06.2016
- Dr. Maria Davydchyk; Associate Fellow des Robert Bosch-Zentrums für Mittel- und Osteuropa, Russland und Zentralasien und Mitglied der Regionaldirektion Russland im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, Telefon-Interview, 24.06.2016
- Ingo Petz; freier Autor und Journalist sowie Kenner der belarussischen Kulturszene und Vorstandsmitglied der deutsch-belarussischen Gesellschaft (dbg), Skype-Interview, 24.06.2016
- Dr. Olga Shparaga; Philosophiedozentin am European College of Liberal Arts in Belarus (ECLAB) und Herausgeberin des Internet-Magazins „Novaja Europa“, Skype-Interview, 27.06.2016

Anhang A: KOF Globalisierungsindex

Der KOF-Globalisierungsindex misst die wirtschaftliche, soziale und politische Dimension der Globalisierung. Er beinhaltet folgende Variablen:

A. Economic Globalization

i) Actual Flows

Trade (percent of GDP)

Foreign Direct Investment, stocks (percent of GDP)

Portfolio Investment (percent of GDP)

Income Payments to Foreign Nationals (percent of GDP)

ii) Restrictions

Hidden Import Barriers

Mean Tariff Rate

Taxes on International Trade (percent of current revenue)

Capital Account Restrictions

B. Social Globalization

i) Data on Personal Contact

Telephone Traffic

Transfers (percent of GDP)

International Tourism

Foreign Population (percent of total population)

International letters (per capita)

ii) Data on Information Flows

Internet Users (per 1000 people)

Television (per 1000 people)

Trade in Newspapers (percent of GDP)

iii) Data on Cultural Proximity

Number of McDonald's Restaurants (per capita)

Number of Ikea (per capita)

Trade in books (percent of GDP)

C. Political Globalization

Embassies in Country

Membership in International Organizations

Participation in U.N. Security Council Missions

International Treaties

Quelle: Dreher, Axel, 2006, Does Globalization Affect Growth? Empirical Evidence from a new Index, *Applied Economics* 38, 10: 1091-1110.

Aktualisiert in: Dreher, Axel; Noel Gaston and Pim Martens, 2008, *Measuring Globalization – Gauging its Consequence*, New York: Springer.

Anhang B: Indikatoren für kulturelle Beziehungen

Bewertung: Allgemeine Offenheit und Möglichkeiten für Kulturaustausch

Spezifische Indikatoren

- 1. Mittlerorganisationen und weitere Institutionen des Kulturaustauschs**
 - a) Anzahl und Form (privat oder öffentlich), bei privat: Form der Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen?
 - b) Ausrichtung der Institutionen, Programmumfang und Höhe der Fördermittel?

- 2. Wissenschafts- und Hochschulaustausch (z.B. Zahl der DAAD-geförderten Studierenden; Hochschulpartnerschaften)**
 - a) Welche akademischen Kooperations- und Mobilitätsprogramme gibt es? Stipendienprogramme und Förderung?
 - b) Universitätspartnerschaften
 - c) Wie viele Studierende des Ziellandes studieren an Universitäten des Senderlandes/der Senderländer?
 - d) Wie viele Studierende der Senderländer studieren an Universitäten des Ziellandes?
 - e) Wie viele Wissenschaftler des Ziellandes arbeiten an Universitäten der Senderländer?
 - f) Wie viele Wissenschaftler der Senderländer arbeiten an Universitäten des Ziellandes?

- 3. Schüler- und Jugendaustausch**
 - a) Welche schulischen Austauschprogramme gibt es zwischen den jeweiligen Ländern?
 - b) Wie viele Schüler des Ziellandes nehmen an Austauschprogrammen teil?
 - c) Wie viele Schüler der Senderländer nehmen an Austauschprogrammen teil?
 - d) Anzahl der Auslandsschulen der Senderländer im Zielland und umgekehrt?
 - e) Zusammensetzung der Schülerschaft in den Auslandsschulen (Anteile Einheimische)?

4. Literatur und Sprache

- a) Anzahl der Lesesäle, Bibliotheken mit der Literatur des jeweiligen Landes?
- b) Anzahl der Literatur, die in die Sprache des jeweils anderen Landes übersetzt wird? Oder auch, die in dem anderen Land erscheint/verkauft wird?
- c) Existiert eine Übersetzungsförderung, wenn ja, wie hoch?
- d) Zeitungen und Presse aus den jeweiligen Ländern?
- e) Medien: Können Programme aus den jeweils anderen Ländern empfangen werden und falls ja, in welchem Ausmaß werden diese konsumiert (z. B. Deutsche Welle)?

5. Kunst und Musik

- a) Anzahl von Ausstellungen der jeweiligen Länder?
- b) Höhe der Förderung für Künstler aus dem jeweiligen Land?
- c) Gemeinsame Filmfestivals, -messen, -wochen?
- d) Wie viele Filme aus dem einen Land kommen in den jeweils anderen Ländern in die Kinos?
- e) Verleih von Bildträgern in der Sprache des jeweiligen Landes?
- f) Austauschprogramme, Gastspiele, für Tanz- und Theatergruppen aus dem anderen Land?
- g) Durchführung, Förderung und Unterstützung von Gastspielen, Tourneen von Ensembles des anderen Landes?
- h) Gemeinsame Festspiele/Koproduktionen?
- i) Bilaterale Koproduktionen in bei Theater, Tanz und Film?

6. Weitere zivilgesellschaftliche Initiativen

Existieren darüber hinaus gehende zivilgesellschaftliche Kooperationen (z. B. zivilgesellschaftliches Engagement im Rahmen von Städtepartnerschaften)?

Zu den Autoren

Dr. Christian von Soest ist leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter und Leiter des Forschungsschwerpunkts „Frieden und Sicherheit“ am GIGA German Institute of Global and Area Studies in Hamburg. Von 2013 bis 2014 forschte er als Fritz Thyssen Fellow am Weatherhead Center for International Affairs der Harvard University. Im Jahr 2007 arbeitete er im Planungsstab des Auswärtigen Amtes. Christian von Soest hat umfangreich zu internationalen Sanktionen, autoritäre Regimen, Außenpolitik, Staatlichkeit und Korruption publiziert.

Kontakt: christian.vonsoest@giga-hamburg.de

In Zusammenarbeit mit:

Deborah Haffner studiert International Affairs (Master-Studiengang) an der Sciences Po Paris und der London School of Economics and Political Science.

Kontakt: deborah.haffner@sciencespo.fr

Jonas Sell studiert Politikwissenschaft (Master-Studiengang) an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

Kontakt: jonas.sell@uni-muenster.de

Impressum

Die Studie ist entstanden im Rahmen des ifa-Forschungsprogramms „Kultur und Außenpolitik“ und erscheint in der ifa-Edition Kultur und Außenpolitik. Das Forschungsprogramm wird finanziert aus Mitteln des Auswärtigen Amts.

Die Publikation gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder.

Herausgeber: ifa (Institut für
Auslandsbeziehungen e. V.),
Charlottenplatz 17, 70173 Stuttgart,
Postfach 10 24 63, D-70020 Stuttgart,
info@ifa.de, www.ifa.de
© ifa 2016

Autoren: Dr. Christian von Soest,
Deborah Haffner und Jonas Sell

Redaktion und Lektorat:
ifa-Forschungsprogramm „Kultur und
Außenpolitik“

Bildnachweis: ifa

Design: Eberhard Wolf, München

ISBN: 978-3-921970-48-5

Weitere Publikationen der ifa-Edition Kultur und Außenpolitik



Bert Hoffmann:

„Wandel und Annäherung. Perspektiven deutsch-kubanischer Beziehungen in Kultur und Bildung“ Stuttgart: ifa, 2016. (ifa-Edition Kultur und Außenpolitik)



Robert Lohmann, Daniel Göler, Isabel Vollmer:

„Zivilgesellschaftliche Akteure in der Außenpolitik. Chancen und Perspektiven von Public Diplomacy“ Stuttgart: ifa, 2016. (ifa-Edition Kultur und Außenpolitik).



Paul Mihailidis, Liat Racin, Eric Gordon:

“Digital Crossroads. Civic Media and Migration“ Stuttgart: ifa, 2016. (ifa Edition Culture and Foreign Policy)



Edgar Wolfrum, Odila Triebel, Cord Arendes, Angela Siebold, Joana Duyster Borredà (eds):

“European Commemoration. Locating World War I“ Stuttgart: ifa, 2016. (ifa Edition Culture and Foreign Policy)

Weitere Publikationen finden Sie unter media.ifa.de.

Nebenwirkungen von Sanktionen

„Sanktionen führen zu einer Polarisierung und damit zu einer neuen Art der Beziehungen, auch im kulturellen Bereich.“

Regierungen im Westen und die Vereinten Nationen reagieren oftmals mit internationalen Sanktionen auf Eingriffe in das Völkerrecht, Menschenrechtsverletzungen oder die Unterstützung von Terroristen. Die sanktionierenden Maßnahmen bleiben nicht ohne Wirkung auf kulturelle Beziehungen. Welche Folgen zieht dies für Kulturschaffende in den sanktionierten Ländern nach sich? Wie ist der Austausch in Kultur und Wissenschaft mit diesen Ländern aufrechtzuerhalten? Die vorliegende Studie erläutert anhand der Fallbeispiele Iran, Kuba, Russland und Belarus die Risiken von Sanktionen für die kulturellen Beziehungen mit Deutschland und gibt Handlungsempfehlungen, um den Kulturaustausch aufrechtzuerhalten.